

Innocenti Working Paper

**ZUR LAGE DER KINDER IN DEUTSCHLAND:
POLITIK FÜR KINDER ALS
ZUKUNFTSGESTALTUNG**

Hans Bertram

IWP-2006-02

December 2006

Innocenti Working Papers

UNICEF Innocenti Working Papers are intended to disseminate initial research contributions within the Centre's programme of work, addressing social, economic and institutional aspects of the realisation of the human rights of children.

The findings, interpretations and conclusions expressed in this paper are entirely those of the author and do not necessarily reflect the policies or the views of UNICEF.

Extracts from this publication may be freely reproduced with due acknowledgement.

© 2006 United Nations Children's Fund (UNICEF)
ISSN: 1014-7837

The study is a Germany-specific exploration of the framework for comparative assessment of child wellbeing developed in the UNICEF Innocenti Report Card No. 7 (2007) 'Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in Rich Countries'. The study has been funded by a grant from the German Committee for UNICEF.

Readers citing this document are asked to use the following form:

Bertram, Hans (2006), 'Zur Lage Der Kinder In Deutschland: Politik Für Kinder Als Zukunftsgestaltung' Innocenti Working Paper No. 2006-02. Florence, UNICEF Innocenti Research Centre.

UNICEF INNOCENTI RESEARCH CENTRE

The UNICEF Innocenti Research Centre in Florence, Italy, was established in 1988 to strengthen the research capability of the United Nations Children's Fund and to support its advocacy for children worldwide. The Centre (formally known as the International Child Development Centre) generates knowledge and analysis to support policy formulation and advocacy in favour of children; acts as a convener and catalyst for knowledge exchange and strategic reflections on children's concerns; and supports programme development and capacity-building.

Innocenti studies present new knowledge and perspectives on critical issues affecting children, informing current and future areas of UNICEF's work. The Centre's publications represent contributions to a global debate on child rights issues, and include a range of opinions. For that reason, the Centre may produce publications which do not necessarily reflect UNICEF policies or approaches on some topics.

The Centre collaborates with its host institution in Florence, the Istituto degli Innocenti, in selected areas of work. Core funding for the Centre is provided by the Government of Italy and UNICEF. Additional financial support for specific projects is provided by governments, international institutions and private sources, including by UNICEF National Committees, as well as by UNICEF offices in collaborative studies.

For further information and to download or order this and other publications, please visit the IRC website at <http://www.unicef.org/irc>.

Correspondence should be addressed to:

UNICEF Innocenti Research Centre
Piazza SS. Annunziata, 12
50122 Florence, Italy
Tel: (+39) 055 20 330
Fax: (+39) 055 2033 220
Email: florence@unicef.org

ZUR LAGE DER KINDER IN DEUTSCHLAND – POLITIK FÜR KINDER ALS ZUKUNFTSGESTALTUNG

Hans Bertram^a

^a Professor for Mikrosoziologie, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin <hbertram@sowi.hu-berlin.de>

Zusammenfassung: Die Chancen von Kindern, sich in ihrer Lebensumwelt entsprechend ihren Fähigkeiten und Kompetenzen entwickeln zu können und Vertrauen zu den Erwachsenen aufzubauen, mit denen sie in Elternhaus, Nachbarschaft, Kindergarten, Schule und Gemeinde zusammenleben oder zusammen sind, entscheiden auch über die Zukunft der Gesellschaft, in der sie aufwachsen. Internationale Vergleiche stellten lange fast ausschließlich das materielle Risiko von Kindern in den Mittelpunkt. Die Bildungsvergleiche der OECD/PISA und die Übersichten der WHO zu gesundheitsbezogenen Verhaltensweisen von Schulkindern haben die Perspektive erweitert. Darauf aufbauend vergleicht die Innocenti Report Card 7 (2007) 'Child Poverty in Perspective: An Overview of Child-wellbeing in Rich Countries' die Situation von Kindern anhand der sechs Dimensionen: Materielle Lage, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, die Beziehungen zu Eltern und Freunden, die Risiken im Alltag und das subjektive Wohlbefinden von Kindern.

Der internationale Vergleich von UNICEF wird in dieser deutschen Teilstudie zum Ausgangspunkt für einen Vergleich auf der Ebene der Bundesländer. Die Analyse zeigt anhand der sechs Dimensionen, dass sich die Situation von Kindern zwischen den einzelnen Bundesländern teilweise stark unterscheidet. Insgesamt jedoch erscheint die Lage von Kindern in den westlichen Bundesländern besser als im Osten, und im Süden besser als im Norden. Es wird klar, dass die vorgenommene Differenzierung die Lebenslage und Lebenssituation von Kindern umfassender und präziser beschreibt als die Konzentration nur auf die materielle Lebenslage oder die schulische Situation. Aus dem Vergleich der sechs Dimensionen lassen sich politische Anregungen und Hinweise für Länder und Gemeinden ableiten, wo und in welcher Weise sich die kindlichen Lebensbedingungen in den jeweiligen regionalen Kontexten verbessern lassen. Besonders deutlich macht dieser Vergleich aber zudem, dass Deutschland nicht über alle Daten zur kindlichen Entwicklung verfügt, die einen Ländervergleich in allen sechs Dimensionen ermöglichen. Diese Informationen sind jedoch notwendig, um die gesellschaftlichen Zukunftschancen eines Landes durch seine Kinder angemessen bewerten zu können. Diese Studie versucht dazu beizutragen, die Bedeutung des Kindeswohls für die Zukunft der deutschen Gesellschaft auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden stärker in den Blick zu rücken und mögliche Ansätze und Richtungen für weitere Forschung aufzuzeigen.

Danksagung: Die Sonderauswertung des Mikrozensus 2002, der als "scientific use file" vorliegt, wurde von Dipl.-Soz. Stefan Stuth und cand. Soz. Steffen Kohl, beide Humboldt-Universität zu Berlin, durchgeführt. Bei der Zusammenstellung der anderen Studien unterstützte mich Dipl.-Soz. Hiltrud Bayer vom Deutschen Jugendinstitut in München. Helga Kuhn (UNICEF Deutschland), Eva Jespersen (UNICEF Innocenti Research Centre, Florenz) und David Parker gaben mir wertvolle Kommentare zum Text und wichtige Hinweise zu den Report Cards von UNICEF, auf die ich mich insgesamt stützen konnte, selbst wenn sie nicht alle einzeln im Text zitiert werden. Eva Jespersen und David Parker leisteten substanziellen redaktionellen input.

Contents

1. Die vergessene Moderne	1
2. Fragmentierung oder Nachhaltigkeit: Die bio-ökologische Perspektive	4
3. Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Kinderrechte	7
4. Deutsches Mittelmaß durch fehlenden Policy Mix	9
5. Regionale Differenzierungen als Ursache für das Mittelmaß	14
5.1 Bildung - Erziehung - Betreuung	14
5.2 Gesundheit und Risiken	20
5.3 Ökonomische Sicherheit und kindliches Wohlbefinden	27
6. Politik für Kinder: Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit als Zukunftsgestaltung	35
6.1 Verlässlichkeit der Lebensumwelt von Kindern	38
6.2 Nachhaltige Politik für Kinder als Zukunftspolitik einer Gesellschaft	41
Literatur	44

1. DIE VERGESSENE MODERNE

Mit den Worten von Bundeskanzlerin Merkel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft eine solche, die fähig ist, in die Zukunft zu blicken, die sich selbst vertraut und die Menschen hat, die mutig anpacken. Eine kindgerechte Gesellschaft ist aber auch auf Nachhaltigkeit oder auf Zukunft hin angelegt. Kinder- und familienfreundliche Gesellschaften denken nicht mit einem kurzen Horizont nur an heute, sondern über die eigene Generation hinaus" (Merkel, 2006). Die aktuelle Debatte in Deutschland zu den Entwicklungschancen von Kindern ist jedoch nicht mutig auf die Zukunft hin ausgerichtet, sondern erscheint eher gegenwartsbezogen und auf einzelne Probleme fixiert. Die zunehmende Kinderlosigkeit junger Männer und junger Frauen und das Verschwinden der Mehrkinderfamilie findet ein vielfältiges Echo in politischen und öffentlichen Debatten und in der Wissenschaft (Schirmacher, 2004). Die einen befürchten den Zusammenbruch des Renten- und Krankenversicherungssystems, die anderen sorgen sich um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (Deutsche Bank, 2006), oder um mangelndes Pflegepersonal in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft.

Die Debatte um die schulische Leistungsfähigkeit der nachwachsenden Generation und um die Integration der Kinder nicht deutschen Hintergrunds in das deutsche Schulsystem werden ebenso wenig mutig oder zukunftsorientiert geführt. Denn die Themen, die die öffentliche Debatte beherrschen, sind das Versagen des Schulsystems, die mangelnde Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder in der Schule richtig zu unterstützen, und die mangelnde Bereitschaft von Eltern aus dem Ausland, deutsch zu lernen. Diese Themen wurden schon in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts in gleicher Weise debattiert. Die deutsche Bildungskatastrophe ist seit Picht (1964) ein beliebtes Thema in Medien und Politik. Selbst die Sprache als Ursache mangelnder Integration benachteiligter Gruppen in das Bildungssystem hat als Thema 40 Jahre Diskussionszeit hinter sich: Damals war es die Unterschicht (Bundesministerium für Familie, 1975), heute sind es die ausländischen Familien.

Wenn eine einzelne Schule Probleme mit der Disziplin hat und sich die Lehrer beklagen, seitens ihrer Schulverwaltung nicht die notwendige Unterstützung zu bekommen, wird das zu einem nationalen Problem. Es werden grundsätzliche Debatten darüber geführt, ob die heutigen Eltern ihre Kinder noch richtig erziehen. Die These der mangelnden Erziehungsfähigkeit der Eltern ist ähnlich wie die oben genannten Themen keinesfalls neu, und die Forderung nach einem "Elternführerschein" (Nave-Herz, 2004) stammt auch aus jener Zeit.

Selbst bei positiven Berichten über Familie und Familienbeziehungen, wie jüngst zu den Generationenbeziehungen (Köcher, 2004), wird zwar auf der einen Seite betont, dass die Bereitschaft, sich wechselseitig zu unterstützen, zwischen den Generationen sehr ausgeprägt ist, um aber gleich darauf zu verweisen, dass die kinderlosen Menschen in Zukunft nicht auf solche Generationenbeziehungen zurückgreifen können.

Diese Beispiele zeigen, dass in der öffentlichen Debatte um Kinder und Familien die Sorge und Befürchtung vor möglichen Problemen und Verlusten im Mittelpunkt steht und dass die Lösungsvorschläge sich nur wenig von denen von vor 30 und 40 Jahren unterscheiden.

Beim Vergleich der öffentlichen Debatte um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland oder um die internationale Konkurrenzfähigkeit von Forschung und technologischen Entwicklungen mit der Debatte um die Zukunft der nachwachsenden Generation kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Bereitschaft in Medien und Politik recht groß ist zu akzeptieren, dass in einem vereinigten Europa und einer globalisierten Wirtschaft andere Herausforderungen gelten als im traditionellen Nationalstaat. Die Gewissheiten, Sicherheiten und Traditionen einer Industriegesellschaft lassen sich in wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaften nur noch begrenzt aufrechterhalten. Die Struktur der Arbeitsprozesse, die Flexibilität der Zeitstrukturen in solchen Prozessen wie auch die Veränderungen von Arbeitsaufgaben stellen heute an die Qualifikation und die Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmer wie auch der Unternehmer und Selbstständigen andere Anforderungen als noch in der Elterngeneration.

Jedoch werden die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und deren Einbettung in den familiären Kontext in der öffentlichen Debatte nicht vor dem Hintergrund dieser nur kurz skizzierten gesellschaftlichen Veränderungen thematisiert, sondern auf der Basis der eigenen Lebenserfahrungen als Kinder und Eltern in der Industriegesellschaft. So wird in Deutschland heute noch für die überwiegende Mehrzahl der Kinder die Lebensphase bis zum 14. Lebensjahr so organisiert, wie sie in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts konzipiert war (Gottschall and Pfau-Effinger, 2002): Bis zum 6. Lebensjahr liegt die Erziehung und die Verantwortung für die Erziehung allein bei den Eltern, das heißt in der Interpretation der veröffentlichten Meinung in Deutschland vor allem in den Händen der Mutter. Vom 6. bis zum 14. Lebensjahr ist die Vormittagsschule in Deutschland die Regel, weil das gemeinsame Mittagessen wieder Zuhause eingenommen werden soll. Die einzige Änderung in dieser Zeitorganisation bezieht sich auf den Rechtsanspruch der 3- bis 6-jährigen Kinder auf einen Kindergartenplatz für drei Vormittagsstunden. Heute verbleibt nun ein sehr großer Prozentsatz der Jugendlichen nach dem 14. Lebensjahr im Schulsystem für einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss. Als Konsequenz dieser Änderung sind jetzt allerdings die Eltern auch noch fast allein verantwortlich für die Hausaufgaben, die Mahlzeiten und die Freizeitgestaltung der Jugendlichen. In der Industriegesellschaft lag ab dem 14. Lebensjahr die Verantwortung für die Organisation des Alltags des Jugendlichen beim Meister und beim Betrieb. In der Agrargesellschaft war eine solche Zeitorganisation sinnvoll, weil die Kinder, die damals die Vormittags-Volksschule besuchten, am Nachmittag bei der Feldarbeit helfen konnten. In der Industriegesellschaft der 50er und 60er Jahre bestand kaum Änderungsbedarf, weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Vater und Mutter sicherstellte, dass am Nachmittag, wenn die Kinder aus der Schule kamen, sowohl das Mittagessen wie die Hausaufgabenbetreuung durch die Mütter geleistet wurden.

In einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft stellt die Integration gut qualifizierter junger Frauen und Mütter in das Erwerbsleben eine wesentliche Basis für den ökonomischen Erfolg im internationalen Wettbewerb dar. Die meisten neuen und schnell wachsenden Bereiche, wie die Dienstleistungen im Finanzbereich oder bei Telekommunikation und Medienindustrie, persönliche Dienstleistungen, wie auch die Expansion des Bildungsbereichs waren überhaupt nur möglich, weil alle hoch entwickelten Gesellschaften das Humanvermögen (Bundesministerium für Familie, 1995) des weiblichen Bevölkerungsteils als wesentliche Ressource für die ökonomische Entwicklung genutzt haben. In vielen europäischen Ländern hat das zu einer Diskussion über ein neues Verhältnis zwischen

familiärer Erziehung und kindlichen Entwicklungschancen auf der einen Seite und der neuen Rolle von Mann und Frau in Beruf und Familie auf der anderen Seite geführt. In Deutschland gab es eine solche Diskussion auch, aber eher in dem Sinne, das Mutterbild der Industriegesellschaft als Maßstab für das heutige Handeln junger Frauen und Mütter heranzuziehen. Die "gute Mutter" (Mantl, 2006) ist eben immer noch jene Mutter, die sich (fast) ausschließlich um Kinder und Familie kümmert. Die berufstätige Mutter wird in Deutschland noch häufig so gesehen, dass sie sich möglicherweise nicht genug um die Kinder kümmere. Andererseits wird der Mutter und Hausfrau auch keine besondere Wertschätzung entgegengebracht. So wird in Deutschland nach den Daten des ISSP 2004 (Bertram et al., 2006) sowohl die Rolle der berufstätigen Mutter wie die Rolle der Hausfrau und Mutter als wenig erstrebenswert eingestuft, während in den USA beide Rollen von der Bevölkerung sehr positiv eingeschätzt werden.

Dieser Traditionalismus steht in merkwürdigem Gegensatz zur Ökonomie. Für diesen Kontrast bietet die (OECD, 2004) entsprechende Daten zur Erklärung an: Im Durchschnitt investieren die OECD-Länder etwa 1 Prozent ihres BIP in den vorschulischen Bereich, Deutschland hingegen nur etwa 0,4 Prozent. Dahinter verbirgt sich eine Vorstellung von kindlicher Entwicklung und Arbeitsteilung zwischen Familie und Gesellschaft, wie sie der französische Historiker Donzelot, (1977) am Beispiel der französischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts skizziert. Auf der einen Seite wird die Familie für den wichtigsten und besten Ort für die kindliche Entwicklung gehalten. Eine gelingende Sozialisation ist wesentlich davon bestimmt, dass die Eltern durch ihr Verhalten und durch ihre Zuwendung zum Kind die kindliche Entwicklung so fördern, dass sich das Kind auch außerhalb der Familie im Sinne der Gesellschaft bewähren kann. Als Kehrseite zeigt Donzelot aber auch, dass die Familie als optimaler Ort der kindlichen Sozialisation von der Gesellschaft dann für kindliche Fehlentwicklungen, schulisches Versagen und kindliche Verhaltensauffälligkeiten verantwortlich gemacht wird, weil dann die Eltern hier nicht richtig erzogen haben.

Ohne hier zu beurteilen, ob eine solche Vorstellung über die zentrale und fast alleinige Verantwortung der Eltern für die kindliche Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert sinnvoll war, ist diese Konzeption für das 21. Jahrhundert mit Sicherheit infrage zu stellen. Denn in einer Dienstleistungsgesellschaft müssen beide Elternteile zur ökonomischen Basis und wirtschaftlichen Sicherheit der Familie beitragen. Weder ist heute eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit beider Partner gewährleistet noch gibt es Sicherheit für die Partner, gemeinsam das gesamte Leben miteinander zu verbringen. Die Migrations- und kulturellen Wandlungsprozesse haben in allen entwickelten Industriegesellschaften dazu beigetragen, dass heute eine Fülle ganz unterschiedlicher familiärer Lebensformen und Vorstellungen über Familie nebeneinander existieren. Daher kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass alle Kinder in ihrer Familie den gleichen kulturellen Hintergrund vermittelt bekommen, der beispielsweise notwendig ist, um in der Schule erfolgreich zu sein. Zudem hat die wirtschaftliche Dynamik in vielen europäischen Gesellschaften dazu beigetragen, dass innerhalb der einzelnen Nationalstaaten neben Gebieten mit großer wirtschaftlicher Dynamik und hoher ökonomischer Prosperität solche Gebiete existieren, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht nur tief greifende wirtschaftliche Umbrüche, sondern den Untergang ganzer Industrien erlebt haben. Die ökonomische Spreizung innerhalb einer Gesellschaft hat zu ganz unterschiedlichen Lebensbedingungen von Familien mit Kindern geführt. Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit existieren neben Gebieten mit Vollbeschäftigung. Regionen mit relativ hoher

Armut existieren neben Regionen, die sich im OECD-Vergleich in der obersten Spitze bewegen (Bertelsmann-Stiftung, 2005).

Solche Ausdifferenzierungsprozesse, die teilweise Konsequenz der ökonomischen Entwicklung sind, können von den Eltern selbst bei der Erziehung ihrer Kinder und der Entwicklung von Lebenschancen der Kinder gar nicht aufgefangen werden. In Anlehnung an das sozialökologische Konzept Urie Bronfenbrenners (Bronfenbrenner, 2005) wird hier die Perspektive entwickelt, dass in wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaften die Entwicklungschancen von Kindern und ihre Möglichkeiten, ihre eigene Zukunft zu gestalten, nicht allein davon abhängen, dass ihre Eltern für sie einen familiär verlässlichen Kontext schaffen. Auch wenn dieser eine der wichtigsten Voraussetzungen für die kindliche Entwicklung ist, so ist es heute auch Aufgabe der Kommunen, der Länder und des Bundes, nicht nur dafür Sorge zu tragen, dass Eltern eine solche verlässliche Lebensumwelt für ihre Kinder innerhalb der Familie ermöglichen können, sondern als Aufgabe staatlicher Zukunftsgestaltung auch verlässliche außerfamiliäre Umwelten für die Kinder zu schaffen, um die Entwicklungschancen, die im familiären Kontext zu Grunde gelegt werden, auch tatsächlich weiter entwickeln zu können.

2. FRAGMENTIERUNG ODER NACHHALTIGKEIT: DIE BIO-ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVE

In ihrem Bericht zum Stand der Forschung im Bereich der frühkindlichen Entwicklung kommt die Amerikanische Akademie der Wissenschaften zu dem Ergebnis, dass die tief greifenden sozialen und ökonomischen Veränderungen, die oben skizziert wurden, die Möglichkeiten der Eltern und anderer 'Caretaker' erheblich beeinflussen, den Kindern ökonomische Sicherheit zu geben, sie vor den Gefahren auch außerhalb des Hauses zu schützen, für eine gesunde Entwicklung zu sorgen und sie in ihrer kognitiven und sprachlichen Entwicklung zu fördern. Die Bedürfnisse von Kindern selbst werden in diesem Kontext nur selten thematisiert (Shonkoff/Phillips, 2000). Andere Arbeitsgruppen (Thornton, 2001) argumentieren ganz ähnlich. Möglicherweise ist das auch Ergebnis der Tatsache, dass die Politiken für Kinder eher fragmentiert sind, weil die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern, deren Befriedigung für ihre intellektuelle, soziale und gesundheitliche Entwicklung notwendig ist, von unterschiedlichen Institutionen und Professionen bearbeitet werden. Diese Beobachtung, die Lebensumwelt von Kindern außerhalb der Familie sei durch wenig integrative Formen von Infrastruktur für Kinder gekennzeichnet, gilt sicherlich nicht nur für die USA, sondern lässt sich ohne weiteres in gleicher Weise auch auf Deutschland übertragen (Bundesministerium für Familie, 1990; Bundesministerium für Familie, 2005b).

Ein Beispiel ist in der rigorosen Trennung zwischen Kindergarten und Schule zu sehen, ein anderes in der unzureichenden Zusammenarbeit zwischen Gesundheitssystem und Erziehungssystem in Deutschland, die nicht besser ist als in den USA. Auch die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen für Kinder in der Kinder- und Jugendhilfe, der Stadtplanung und der Schulentwicklungsplanung sind Beispiele für solche Fragmentierungen als Ausdruck einer mangelnden integrativen Perspektive. Die Autoren halten auch die Forschung in diesem Bereich für fragmentiert, weil nur selten entwicklungspsychologische und biologische Forschungsansätze, medizinische Forschungen und soziologische Fragestellungen von interdisziplinären Arbeitsgruppen gemeinsam bearbeitet werden.

In Deutschland hat es keine Einrichtung geschafft, Forschungsgruppen zu etablieren, um großflächig unter einer längsschnittlichen Perspektive die Bedingungen kindlicher Entwicklung in unterschiedlichen sozialen Kontexten untersuchen. Studien wie etwa vom amerikanischen National Institute of Child's Health Development (NICHD; Alexander, 2005) zur frühkindlichen Entwicklung in unterschiedlichen sozialen Kontexten gibt es in Deutschland überhaupt nicht. Hier wird zwar die Einrichtung von lebenswissenschaftlichen Forschergruppen diskutiert, aber das Leben nahezu ausschließlich unter einer biologisch-naturwissenschaftlichen Perspektive betrachtet, während die Amerikanische Akademie der Wissenschaften ihren Report provokativ "From Neurons to Neighbourhood" (Shonkoff/Phillips, 2000) nennt.

Diese Zersplitterung der Alltagspraxis und der politischen Zuständigkeiten mit der bisherigen Unfähigkeit der Forschung, hier integrative Ansätze vorzulegen, hängen auch damit zusammen, dass in Deutschland die Frage der Gestaltung der Lebensumwelt von Kindern außerhalb der Familie, insbesondere im jüngeren Alter, praktisch nie ein zentrales Thema von Politik, Stadtplanung, Jugendhilfe und Forschung war. Das wird sogar in der gegenwärtigen Debatte um den Ausbau der Kindertagesbetreuung deutlich, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Zentrum des Interesses steht, nicht aber die Frage der kindlichen Entwicklung und der Förderung der kindlichen Persönlichkeit.

Die Bundesrepublik hat 1992 die Kinderrechts-Konvention ratifiziert, die seitdem geltendes Recht in Deutschland ist. Diese Konvention verpflichtet private wie öffentliche Einrichtungen, Verwaltungsbehörden ebenso wie soziale Dienstleister dazu, ihre einzelnen Maßnahmen am Wohlergehen und dem Wohle des Kindes zu orientieren, das heißt das ganze Kind mit all seinen Bedürfnissen und seinen Interessen zu berücksichtigen und nicht nur einzelne Aspekte, die dem jeweiligen Organisationszweck entsprechen. Aus dieser Perspektive leitet sich logisch ab, dass diese Institutionen nicht spezialisiert und damit fragmentiert arbeiten sollen, sondern integrative und kooperative Arbeitszusammenhänge mit anderen Einrichtungen zu entwickeln haben. Diese Konvention verpflichtet die öffentlichen und privaten Einrichtungen der Vertragsstaaten auch dazu, diejenigen, die für das Kind persönlich verantwortlich sind, nämlich Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, dabei zu unterstützen, dem Kind all jene Hilfe zu geben, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind. Das bedeutet auch, dass beide Elternteile (Artikel 18, GG) gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung ihres Kindes verantwortlich sind. Dieser Zusammenhang wurde bei der jüngsten Diskussion in Deutschland um die Einführung von Vätermoaten bei der Elternzeit in der Politik wie in den Medien nicht ausreichend berücksichtigt.

Diese Sichtweise, das Wohl des Kindes als Basis der kindlichen Entwicklung zu betrachten, lässt sich nur dann realisieren, wenn eine Politik für Kinder sich dem Grundsatz nach als eine nachhaltige Politik versteht. Nachhaltigkeit heißt in diesem Kontext, dass Kinder in ihrer emotionalen, sozialen und intellektuellen Entwicklung so gefördert werden, dass sie selbstständig auf der Basis eigener Kompetenzen und Fähigkeiten ihre Lebensverläufe gestalten können und bei diesen Entscheidungen die gleichen Möglichkeiten eingeräumt bekommen wie die gegenwärtige Erwachsenengeneration. Nachhaltigkeit heißt in diesem Zusammenhang aber auch, dass die Gesellschaft und die Institutionen in dieser Gesellschaft einerseits durch die Unterstützung der Eltern und Familien selbst, andererseits aber auch

durch die Gestaltung der Lebensumwelt von Kindern die Möglichkeit schaffen, dass Kinder sich sowohl innerhalb wie außerhalb der Familien so entwickeln können, wie es ihren Kompetenzen und Fähigkeiten entspricht.

Es ist nahe liegend, dass sich sowohl die Amerikanische Akademie der Wissenschaften wie auch ein Großteil der Forschergruppen, die sich in den USA mit der kindlichen Entwicklung und den Entwicklungsbedingungen von Kindern in der amerikanischen Gesellschaft auseinandersetzen, stark am sozial-ökologischen und später zum bio-ökologisch erweiterten Konzept von Bronfenbrenner orientieren (Moen et al., 1995; Ceci and Hembrooke, 1995; Goodnow et al., 1995; Flaxman and Passow, 1995; Waldfogel, 2002). Denn dieser Ansatz geht zunächst davon aus, dass Familien und Kinder in der Regel über eine Fülle von Ressourcen verfügen, die es ihnen ermöglichen, auch schwierige Lebensbedingungen und komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Gerade in den ersten Lebensjahren aber wird die kindliche Entwicklung von einem zunehmend komplexeren Prozess der wechselseitigen Beziehungen zwischen dem menschlichen Organismus, der Person und den Symbolen in der unmittelbaren Umwelt geprägt. Diese Prozesse können nur dann wirklich erfolgreich verlaufen, wenn das Kind die Möglichkeit hat, entsprechend seiner eigenen Entwicklung neben der engeren Familienumwelt auch jene Umwelten zu entdecken, die die Familie umgeben.

Wegen der noch sehr begrenzten Verarbeitungskapazitäten eines Kindes und der relativ geringen Ressourcen, über die ein Kind trotz aller eigenen Aktivitäten verfügt, kann ein solcher Prozess aber nur dann wirklich erfolgreich verlaufen, wenn diese Umwelten, in die die Familie eingebettet ist und an denen das Kind partizipiert, ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Sicherheit gewährleisten. Nach den Ergebnissen des NICHD-Längsschnitts ist eine solche verlässliche Umwelt für Kinder, etwa die unmittelbare Nachbarschaft oder Einrichtungen wie Krippe und Kindergarten, nicht ohne weiteres immer vorhanden. Vielmehr sind gezielte Anstrengungen, ganz im Sinne der Kinderrechts-Konvention, notwendig, um die Einrichtungen, die diese Umwelten mitgestalten, zu motivieren, das Wohl des Kindes zum Ausgangspunkt ihrer Konzepte und Handlungen machen.

Eine nachhaltig orientierte Politik für Kinder, die sich von ihrem Ansatz bemüht, das Kindeswohl in den Mittelpunkt zu stellen, und die unter einer sozial-ökologischen Perspektive den Anspruch hat, die Fragmentierung der kindlichen Lebenswelt so zu überwinden, dass neben verlässlichen Eltern-Kind-Beziehungen auch verlässliche Beziehungen zwischen der Familie und ihrer Umwelt, aber auch zwischen den Entwicklungsbedürfnissen von Kindern und ihrer Lebensumwelt bestehen, kann nur die kindliche Entwicklung und die Förderung von Kindern zum Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg ihrer Maßnahmen nehmen. Wenn etwa einzelne Verantwortliche darauf verweisen, ihre Kommune oder ihr Bundesland wende doch bereits mehr in diesem Bereich auf als eine vergleichbare Kommune oder Bundesland, dann ist das im Sinne einer nachhaltigen Politik für Kinder nur dann bedeutungsvoll, wenn sich das auch in der besseren Entwicklung der Kinder zeigt.

Der Grundgedanke, dass nur das Wohl des Kindes selbst in seinen unterschiedlichen Aspekten der Maßstab für eine erfolgreiche nachhaltige Kinderpolitik sein kann, ist in den

letzten Jahren sehr erfolgreich in der Bildungspolitik in Deutschland angewandt worden. In früheren Jahrzehnten wurde im Bereich der Bildungspolitik, wenn es etwa um die ungleichen Chancen von Kindern unterschiedlicher Schichten im Schulsystem ging, fast ausschließlich diskutiert, ob diese oder jene Schulform die richtige oder falsche sei. Demgegenüber hat die Diskussion der verschiedenen international vergleichenden Schuluntersuchungen in der Bundesrepublik, wie IGLU (Bos et al., 2005), TIMSS (Baumert et al., 2001) und PISA (Baumert et al., 2006) ganz entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute diskutieren, wie eigentlich die Lernbedingungen für Kinder so verbessert werden können, dass sich die beobachtbare Benachteiligung bestimmter sozialer Gruppen überwinden lässt und das vorhandene Potential der Kinder insgesamt gefördert werden kann.

Dieser Perspektivwechsel hat viele der alten ideologischen Auseinandersetzungen der 70er Jahre um die richtige institutionelle Form der Schule abgelöst und zu einer Orientierung geführt, die vor allem das Wohl des Kindes in Bildung und Erziehung in den Mittelpunkt stellt. So räumen nun ganz unterschiedliche Schulformen den Kindern Entwicklungschancen ein, wenn innerhalb der Schulorganisation entsprechende Veränderungen zu Gunsten der kindlichen Entwicklungschancen vorgenommen werden. Allerdings dürfen die Fortschritte in diesem Bereich nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei diesen Studien nicht das Kindeswohl im Sinne der Kinderrechts-Konvention im Mittelpunkt des Interesses steht, sondern die kindlichen Kompetenzen im Lesen und Rechnen und in den Naturwissenschaften.

3. VERLÄSSLICHKEIT, NACHHALTIGKEIT UND KINDERRECHTE

Bei der Diskussion um die internationale PISA-Studie wird aber auch deutlich, in welcher Weise ein Ansatz, der sich der Kinderrechts-Konvention und dem Kindeswohl verpflichtet fühlt, auch unter einer wissenschaftlichen Perspektive über diese Ansätze hinausgeht. Ein sozial- oder bio-ökologischer Ansatz, der sich am Wohl des Kindes orientiert und zu einer nachhaltigen Politik für Kinder beitragen will, geht von einer ganzheitlichen Entwicklung des Kindes aus. Es stehen nicht nur die Kompetenzen und Fähigkeiten, die den schulischen Erfolg beeinflussen, im Zentrum der Analyse, sondern genau jene Dimensionen, die nach unserem heutigen Wissen zentrale Aspekte der gesamten kindlichen Entwicklung darstellen. Dazu gehören die kindliche Gesundheit, seine materielle Sicherheit, die Sicherheit in der Lebensumwelt, in der das Kind aufwächst, seine Bildung und Erziehung und verlässliche und stabile Beziehungen zur eigenen Familie, zu den Freunden und in der Nachbarschaft.

Diese Dimensionen, die sich auch in der Kinderrechts-Konvention finden, sind aber genau jene Dimensionen der kindlichen Entwicklung, die von den Wissenschaften, die sich mit der frühkindlichen Entwicklung auseinandersetzen, als zentrale Elemente genannt werden (Ridley, 2003; Fthenakis, 2004), und zwar unabhängig davon, ob es sich um Wissenschaftler aus der Medizin oder der Biologie oder aber aus der Entwicklungspsychologie, den Erziehungswissenschaften und der Soziologie handelt. So wichtig repräsentative und internationale Vergleiche einzelner Aspekte der kindlichen Entwicklung wie die Kompetenzentwicklung im Bereich des Lesens, der Naturwissenschaften und der Mathematik auch sind, stellen sie jeweils einen Teilaspekt des Kindeswohls dar. Mit der Konzentration auf lediglich diesen Aspekt besteht die Gefahr, auch wenn das nicht die Intention der jeweiligen Wissenschaftler ist, genau jener Fragmentierung und Spezialisierung der

Institutionen im Bereich der Kinder und Jugendlichen Vorschub zu leisten, die gerade durch die Kinderrechts-Konvention mit ihrer Orientierung am Wohl des Kindes überwunden werden soll und für die mit dem Ansatz von Urie Bronfenbrenner inzwischen auch wissenschaftliche und fachlich akzeptierte Analysestrategien (Owens and Settersten, 2002; Brooks-Gunn et al., 2000) vorliegen.

Das hat auch praktische politische Konsequenzen. So konzentriert sich etwa in Deutschland die Diskussion über Migrantenkinder stark auf deren mangelnde sprachliche Fähigkeiten. So wichtig es sicherlich ist, die sprachlichen Kompetenzen von Kindern mit nichtdeutschem Hintergrund zu verbessern, so stellt sich doch die Frage, ob diese Konzentration auf die Sprache tatsächlich eine bessere Integration dieser Kinder und Jugendlichen in unsere Gesellschaft erreicht. Denn wenn diese Kinder in Vierteln leben, in denen kaum noch deutsche Kinder aufwachsen, wird ein schulisches Sprachtraining nur begrenzt wirksam sein. In anderen europäischen Ländern haben Kinder mit Migrationshintergrund trotz guter Sprachbeherrschung große Probleme, in den Arbeitsmarkt oder in andere Bereiche integriert zu werden.

Zur Überwindung dieser Fragmentierung müssen diese weiter oben benannten Dimensionen auch bei Vergleichen zwischen Gesellschaften berücksichtigt werden. Genau dieses ist das Anliegen des UNICEF-Projekts Report Card 7, das die zentralen Aspekte der kindlichen Entwicklung in hoch entwickelten Industrieländern hinsichtlich Gesundheit, ökonomischer Sicherheit, schulischen Kompetenzen, sozialen Beziehungen zu Familie und zu Freunden, persönlichen Verhaltensrisiken und subjektivem Wohlbefinden vergleichen will. Ein solcher Vergleich ist anspruchsvoll und setzt empirisch vergleichbare Materialien für all diese Bereiche voraus. Denn die Fragmentierung und die institutionelle Segregation der Forschungen im Bereich der kindlichen Entwicklung hat in vielen europäischen Ländern zu nicht vergleichbaren Daten geführt. UNICEF hat daher verschiedene internationale Studien aus unterschiedlichen Bereichen (UNICEF 2006) in ein gemeinsames Konzept integriert. Solche Vergleiche sollten regelmäßig wiederholt werden, um zu prüfen, ob und inwieweit sich in den einzelnen Ländern Entwicklungen und Verbesserungen abzeichnen.

Ein solcher am Kindeswohl orientierter internationaler Vergleich ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit und Zukunftsgestaltung einer Gesellschaft. Denn damit ist es möglich, ein Land mit anderen Ländern zu vergleichen und bei Wiederholung auch Veränderungen zu erfassen. Um die Situation in Deutschland zu analysieren wurde das UNICEF-Konzept auch auf die Bundesländer angewendet.

Durch die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern wird auch die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft verbessert. Die in Deutschland geplanten Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Pakt mit den Hochschulen und die Verbesserung des Unterrichts sind nur einzelne Element dieser Zukunftssicherung, die die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern lässt. Die von UNICEF vorgeschlagene Orientierung am Kindeswohl ist eine ebenso wichtige und zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, weil Kinder nur, wenn sie ihre Fähigkeiten und ihrer sozialen Kompetenzen entsprechend ihrer Potenziale entwickeln konnten, später als Jugendliche und junge Erwachsene auch in Forschung, Wissenschaft und Ökonomie erfolgreich sein können.

In einer wissenbasierten Dienstleistungsgesellschaft ist das nicht von den Eltern allein zu leisten. Der von UNICEF vorgeschlagene Ansatz eröffnet die Möglichkeit, durch den Vergleich internationaler Entwicklungen eine nachhaltige Kinderpolitik zu entwickeln, die in ihrer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft der Forschungspolitik in nichts nachsteht. Damit geht UNICEF auch über den nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland hinaus (Bundesministerium für Familie, 2005a). Denn dieser kündigt zwar an, in einzelnen Bereichen wie der Gesundheit regelmäßig Daten zu erheben und gleichzeitig zur Armutsprävention "ein Datenmodulsystem in Auftrag zu geben", das auf der Basis vorhandener amtlicher Daten bestimmte Lebensbereiche in Bezug auf Kinder abdecken soll. Aber im Gegensatz zum UNICEF-Konzept werden diese Bereiche im Aktionsplan nicht zusammengedacht. Zudem orientieren sich Daten, die hinsichtlich der Aktivitäten von Ämtern zur Armutsprävention erhoben werden, in der Regel nicht am Wohl des Kindes, sondern spiegeln die Aktivitäten der beteiligten Institutionen. Die institutionelle Fragmentierung bleibt so bestehen, weil der Maßstab die Aktivitäten der Ämter sind.

Das ist keine grundsätzliche Kritik an diesem Vorhaben; es wird vielmehr später noch gezeigt, dass diese Aktivitäten so zu erweitern und ergänzen sind, damit diese verschiedenen Informationen auch vergleichbar zusammengestellt werden und zugleich nicht die Aktivitäten der Institutionen, sondern das Kindeswohl und die kindliche Entwicklungschancen in den Mittelpunkt stellen. Denn wenn hier auch die internationalen Vergleichsuntersuchungen der Erziehungswissenschaften in ihrer Konzentration auf die schulischen Basiskompetenzen kritisiert wurden, sollte bei der Diskussion um das Wohl des Kindes nicht hinter die Erkenntnis zurückgefallen werden, dass nicht die Aktivitäten einer Institution entscheidend sind, sondern die kindliche Entwicklung und die erkennbaren Fortschritte dieser Entwicklung.

Darüber hinaus eröffnet die integrative Perspektive von UNICEF die Möglichkeit einer Prioritätensetzung. Denn das gute Abschneiden eines Landes in einer Dimension bedeutet nicht notwendigerweise auch ein gutes Abschneiden in anderen Dimensionen. Nur im Rahmen solcher integrativen Modelle lässt sich prüfen, wo und wie zu investieren ist, um die Lebenslage und die Lebensperspektive von Kindern zu verbessern.

4. DEUTSCHES MITTELMAß DURCH FEHLENDEN POLICY MIX

Wenn eine am Kindeswohl ausgerichtete Politik etwas über die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft aussagt, dann sind die international vergleichenden Ergebnisse der UNICEF-Studie für Deutschland ähnlich ernüchternd wie schon die PISA-Studie (Baumert et al., 2001; Cortina et al., 2003). Denn durch die Zusammenfassung aller Einzeldimensionen in ein gemeinsames Ranking wird deutlich, dass sich Deutschland vor allem durch sein Mittelmaß auszeichnet.

Grafik1: Überblick kindlichen Wohlbefindens in OECD- Ländern

Dimensions of child well-being		Dimension 1	Dimension 2	Dimension 3	Dimension 4	Dimension 5	Dimension 6
Average ranking position (for all 6 dimensions)	Material well-being	Health and safety	Educational well-being	Family and peer relationships	Behaviours and risks	Subjective well-being	
Netherlands	4.2	10	2	6	3	3	1
Sweden	5.0	1	1	5	15	1	7
Denmark	7.2	4	4	8	9	6	12
Finland	7.5	3	3	4	17	7	11
Spain	8.0	12	6	15	8	5	2
Switzerland	8.3	5	9	14	4	12	6
Norway	8.7	2	8	11	10	13	8
Italy	10.0	14	5	20	1	10	10
Ireland	10.2	19	19	7	7	4	5
Belgium	10.7	7	16	1	5	19	16
Germany	11.2	13	11	10	13	11	9
Canada	11.8	6	13	2	18	17	15
Greece	11.8	15	18	16	11	8	3
Poland	12.3	21	15	3	14	2	19
Czech Republic	12.5	11	10	9	19	9	17
France	13.0	9	7	18	12	14	18
Portugal	13.7	16	14	21	2	15	14
Austria	13.8	8	20	19	16	16	4
Hungary	14.5	20	17	13	6	18	13
United States	18.0	17	21	12	20	20	-
United Kingdom	18.2	18	12	17	21	21	20

OECD countries with insufficient data to be included in the overview: Australia, Iceland, Japan, Luxembourg, Mexico, New Zealand, the Slovak Republic, South Korea, Turkey.

In allen Dimensionen, nämlich materieller Wohlstand, Gesundheit, Sicherheit, Erziehung, Beziehung zu Familie und Peers, sowie Risikoverhalten liegt Deutschland im internationalen Vergleich von 21 Ländern auf Platz 11, weil es in allen Einzeldimensionen, wie später noch zu erläutern ist, nur durchschnittliche Werte erreicht. Den besten Wert erlangt Deutschland noch bei der Einschätzung der Jugendlichen und Kinder zur eigenen Lebenssituation und dem eigenen Wohlbefinden mit dem 9. Platz. Beim materiellen Wohlstand bleibt nur ein 13. Platz, obwohl Deutschland insgesamt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, pro Kopf der Bevölkerung vor den meisten Ländern liegt, die bei diesem Ranking vor ihm platziert sind. Auch wenn solche Daten, wie die Autoren des UNICEF-Reports zu Recht betonen, vorsichtig zu interpretieren sind, weil die Ergebnisse auch von der Auswahl der Indikatoren und damit von der Auswahl vorhandener Studien abhängig sind, lassen sich daraus bestimmte zentrale Argumente ableiten.

Eine zukunftsorientierte Politik für Kinder kann auf keinen Fall erfolgreich sein, wenn sie sich nur auf einen einzigen Lebensbereich oder einen Aspekt der kindlichen Entwicklung konzentriert, weil beispielsweise eine erfolgreiche Schulpolitik wie etwa in Kanada, hier unter allen Nationen immerhin auf dem 2. Platz, nicht gewährleistet, dass gleichzeitig die Gesundheit der Kinder oder auch das Risikoverhalten von Kindern oder andere Lebensrisiken in gleicher Weise positiv beeinflusst werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sowohl auf Bundes-, auf Länder- wie auf Gemeindeebene zu lange entsprechend der Logik einzelner Institutionen und Zuständigkeiten eine Politik betrieben, die auf einzelne Lebensbereiche ausgerichtet war, mit einem im Vergleich zu anderen Ländern allenfalls durchschnittlichen Erfolg. Einige der Spitzenländer dieser Tabelle, wie die nordeuropäischen Länder, haben viel früher begonnen, Politik für Familien und Kinder als einen Policy Mix zu begreifen, der unterschiedliche Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung, zur Infrastruktur wie zur Neuorganisation der Aufgabenteilung zwischen Familie und Institutionen für Kinder integriert, was die kindliche Entwicklung in diesen Ländern positiv beeinflusst hat. Der schwedische Demograph Hoem (2005) geht sogar so weit zu vermuten, dass es nur durch diesen Policy Mix gelungen sei, die Geburtenraten der nordeuropäischen Länder, die traditionell eher niedrig waren, zu stabilisieren und die Einbrüche zu vermeiden, wie sie in den meisten mitteleuropäischen Ländern und auch teilweise in Südeuropa in großer Deutlichkeit zu beobachten sind (Hoem, 2005; Livi-Bacci, 1999; Castles, 2002). Denn nur durch diesen Policy Mix ist es gelungen, Familien auf eine neue ökonomische Basis zu stellen, die die Erwerbsbeteiligung beider Eltern ermöglicht, und durch eine entsprechende Gesundheitspolitik auch die Verringerung der Gesundheitsrisiken von Kindern sicherzustellen.

Aus dieser Tabelle ist auch abzulesen, dass Politiken, die allein darauf bauen, dass die Familie die Herausforderungen der Zukunft allein bewältigen kann, vermutlich keinen großen Erfolg haben werden. Denn Länder, wie Portugal oder Italien, in denen die Kinder und Jugendlichen überdurchschnittlich gute Beziehungen zwischen Familie und sich selbst und ihren Peers berichten, liegen in dieser Tabelle nicht im Spitzenfeld, weil sie in anderen Bereichen wie etwa bei der Gesundheit oder der Erziehung außerordentlich schlechte Werte erreichen. Ein integrativer Policy Mix stellt sicher, dass Kinder neben ihren Beziehungen innerhalb der Familie auch auf eine verlässliche Lebensumwelt treffen, die es ihnen ermöglicht, entsprechend ihrer Entwicklung ihre Zukunft auch außerhalb der Familie

selbstständig zu gestalten. Es ist jedoch auch problematisch zu glauben, dass alles, was die Familie nicht bewältigen kann, allein durch die Schule zu bewältigen ist. Denn drei der Spitzenländer, Belgien, Kanada und Polen, die im Bereich von Erziehung und Bildung relativ gute Plätze erreichen, befinden sich beim Gesamt-Ranking im Mittelfeld, während Spanien mit schlechten Erziehungswerten insgesamt noch vor diesen Ländern liegt.

Eine sehr positive Selbsteinschätzung zeigen junge Spanier. Nach den Daten zur Bildungsentwicklung hat Spanien in den letzten 20 Jahren gerade in diesem Bereich für Jugendliche sehr viel getan mit der Konsequenz, dass der Anteil der Jugendlichen, die heute eine höhere Qualifikation erwerben, deutlich gestiegen ist und inzwischen Deutschland überholt hat. Prognosen sagen Spanien zudem voraus, schon im Jahre 2010 das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland zu übertreffen. Offenbar lässt sich selbst beim Start von einer schlechten Basis durch das Öffnen von Zukunftsoptionen für junge Erwachsene auch für die gesellschaftliche Entwicklung etwas erreichen, was diese Länder befähigt, auch ökonomisch an anderen Ländern vorbeizuziehen (DB-Research, 2006).

Solche Vergleiche zwischen Nationalstaaten sind hilfreich, um kindliche Entwicklungschancen im internationalen Vergleich zwischen den Ländern abzuschätzen. Doch haben solche Vergleiche, und das gilt für internationale Vergleiche im Bereich von UNICEF ebenso wie für PISA oder IGLU, immer mit dem Problem zu kämpfen, dass die Einheit des Nationalstaats dazu verführt, diese Vergleiche in unmittelbare politische Forderungen zu übersetzen, selbst wenn sich hinter dieser Einheit des Nationalstaats höchst heterogene und ausdifferenzierte Gebilde befinden.

Nach Grafik 1 befinden sich bis auf Spanien, gemessen an der Bevölkerung, nur kleine Länder im ersten Drittel, und bis auf Deutschland und Italien liegen alle großen hier untersuchten Länder, wie Frankreich, die USA und Großbritannien, im hinteren Drittel. Es stellt sich die Frage, ob man ein 5- oder 7-Millionen-Volk auf der Basis eines Mittelwertsvergleichs tatsächlich mit den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichen kann, um daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Kleine Gesellschaften weisen aufgrund ihrer geringeren Größe in der Regel eine geringere Differenzierung ihrer Bevölkerungen auf. Darüber hinaus sind die Übergänge von der Industriegesellschaft zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft in diesen Gesellschaften sehr unterschiedlich verlaufen. Der Übergang von der Agrargesellschaft in eine nachindustrielle Gesellschaft war in Finnland insgesamt leichter zu bewältigen als etwa in Deutschland oder Großbritannien mit ihren ausgedehnten Industriezonen. Das Ruhrgebiet mit seinen Resten der Industriegesellschaft konnte nicht einfach etwas Neues beginnen: Die vorhandenen Gebäude, die Infrastruktur und vor allem die Menschen mit ihren Qualifikationen für die Industriegesellschaft mussten zunächst mit dem Alten brechen, um etwas Neues zu gestalten (Pfau-Effinger, 2001).

Für Deutschland lässt sich das am Aufstieg Bayerns zu einer der wichtigsten europäischen Wirtschaftsstandorte rekonstruieren. Bayern hat als ein früher überwiegend agrarisches Land mit heute etwa 11 Millionen Einwohnern den Aufstieg in eine postindustrielle Wissensgesellschaft erlebt, der nur mit wenigen europäischen Wirtschaftsräumen vergleichbar ist. Die Bevölkerungsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg, die Bildungsexpansion der 60er Jahre und die Öffnung der europäischen Märkte konnten zu einer

neuen ökonomischen Entwicklung genutzt werden, weil keine niedergehende Kohle- und Stahlindustrie mit entsprechender Umwelt und Infrastruktur zunächst zu beseitigen war.

Daher ist es sinnvoll, solche nationalen Vergleiche innerhalb der größeren Nationen zu ergänzen um die Analyse regionaler Ausdifferenzierungen. Denn die Mittelwerte, die auf nationaler Ebene miteinander verglichen werden, ergeben sich aus der Komposition einzelner Regionen der jeweiligen Nationen. Zur Verbesserung des Kindeswohls in einer Nation ist diese regionale Ausdifferenzierung erforderlich, weil unter einer politischen Perspektive ein Policy Mix zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern in einzelnen Regionen sehr unterschiedlich aussehen kann. Das gilt etwa in Deutschland für die Infrastruktur für Kinder bei den unter 3- und unter 6-Jährigen, die auf europäischer Ebene Spitzenwerte aufweist. Teilweise übersteigt in den neuen Bundesländern das Angebot die Nachfrage, während in anderen Regionen Deutschlands bei der Infrastruktur für Kinder unter 3 Jahren so niedrige Werte vorhanden sind, dass sie sich kaum noch messen lassen. Gleiches gilt auch für die Frage des materiellen Wohlstands in der Gesellschaft. Infolge der deutschen Wiedervereinigung sind das Einkommen, die Arbeitslosigkeit, selbst die familiären Lebensformen extrem unterschiedlich, und eine Angleichung ist auf Grund der unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in Deutschland eher unwahrscheinlich (Bertelsmann 2005; Berlin-Institut 2006).

Neben diesen historischen Gründen gibt es aber auch aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive Gründe, sich systematisch mit der Frage der kindlichen Wohlfahrt und des kindlichen Wohlbefindens auf regionaler und kommunaler Ebene auseinanderzusetzen. Es ist nicht nur eine nationale Frage, eine verlässliche Lebensumwelt für Kinder zu schaffen. Verlässliche Lebensumwelten von Kindern entstehen nicht auf nationaler Ebene, sondern auf kommunaler Ebene als konkrete Lebensumwelt von Familien und Kindern. Insofern muss eine Politik, die zukunftsorientiert die Lebensbedingungen von Kindern und das Kindeswohl verbessern will, die Kommunen und die Länder ansprechen. Um gleiche Lebenschancen in einer Gesellschaft zu gewährleisten, ist der Zentralstaat gefordert, die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln zu schaffen oder durch Modellprogramme neue Wege zu probieren und besonders benachteiligten Regionen Unterstützung zu geben. Aber die Lebensumwelt von Kindern ist nun einmal nicht die Nation, sondern die Region und die Gemeinde.

In Deutschland hat es in den letzten 3 bis 4 Jahren eine Reihe wichtiger Ansätze in diesem Kontext gegeben. Auf der einen Seite sind in vielen Orten Bündnisse für Familien entstanden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Lebensbedingungen von Familien und Kindern gemeinsam mit den jeweiligen politischen Parteien, der Wirtschaft und den entsprechenden staatlichen Einrichtungen zu verbessern. Denn zunehmend wächst die Einsicht, dass die verlässliche Lebensumwelt von Kindern Aufgabe der Nachbarschaft und Gemeinde ist und nicht allein Aufgabe der Eltern sein kann. Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt auch davon ab, ob es ihr gelingt, das Kindeswohl in all seinen unterschiedlichen Dimensionen, von der materiellen Basis bis zu den Risiken in der Nachbarschaft, zu verbessern. Kinder sollten erfahren, dass auch außerhalb der Familie Lebensumwelten entstehen, die sie akzeptieren und die ihnen Freiräume geben, sich selbst zu entwickeln. Gleichzeitig ist durch einen Policy Mix von Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik sicherzustellen, dass die Fragmentierung bisheriger Unterstützungsleistungen überwunden wird.

5. REGIONALE DIFFERENZIERUNGEN ALS URSACHE FÜR DAS MITTELMAß

Die vorliegende Analyse kann nicht alle Indikatoren, die im Rahmen des internationalen UNICEF-Projekts entwickelt wurden, im einzelnen nach den deutschen Bundesländern differenzieren. Zudem wurden, wie bereits vermerkt, selbst große repräsentative Studien zur Lebenssituation von Kindern, etwa die Studie des Robert-Koch-Instituts zur Gesundheitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen, nicht so konzipiert, um eine hinreichende regionale Differenzierung zuzulassen (Klocke et al., 2005). Darüber hinaus ist zu akzeptieren, dass ein integratives Konzept, das sich am Kindeswohl orientiert, beim internationalen Vergleich vor viel größeren Abstimmungsproblemen steht als die schon sehr schwierigen Abstimmungsprozesse von Studien wie etwa die internationale PISA-Studie, die sich explizit nur auf spezifische Aspekte der kindlichen Entwicklung konzentriert. Trotz dieser Einschränkungen dürfte im folgenden deutlich werden, dass die im vorigen Abschnitt entwickelte These des mittelmäßigen Abschneidens der Bundesrepublik Deutschland als Ausdruck seiner großen internen Differenzierung sich im folgenden auch mit der begrenzten Datenbasis belegen lässt.

Diese These hat erhebliche familien- und kinderpolitische Konsequenzen. Viele dieser Differenzierungen in den kindlichen Lebensverhältnissen lassen sich möglicherweise auch durch Anstrengung der Bundesländer und der Kommunen verringern. Doch es wird sich die Frage stellen, ob die teilweise sehr erstaunlichen Differenzen in Deutschland zwischen einzelnen Bundesländern tatsächlich allein mit den Ressourcen der jeweiligen Bundesländer gelöst werden können. Manche Probleme zeigen auch die Grenzen einer wesentlich föderal strukturierten Aufgabenteilung. Denn in einzelnen Bundesländern kumulieren verschiedene Entwicklungen dermaßen, dass die Leistungsfähigkeit und Leistungskraft des jeweiligen Bundeslandes völlig überfordert ist sicherzustellen, dass die verlässliche Lebensumwelt von Kindern in diesem Bundesland den Kindern die gleichen Lebenschancen ermöglicht wie in anderen Bundesländern. Diese Fragen können hier nicht beantwortet werden. Da aber die Bundesrepublik Deutschland die Kinderkonvention unterzeichnet hat, die genau diese Forderung an den Nationalstaat stellt, ist diese Frage zumindest im politischen Raum zu klären.

5.1 Bildung - Erziehung - Betreuung

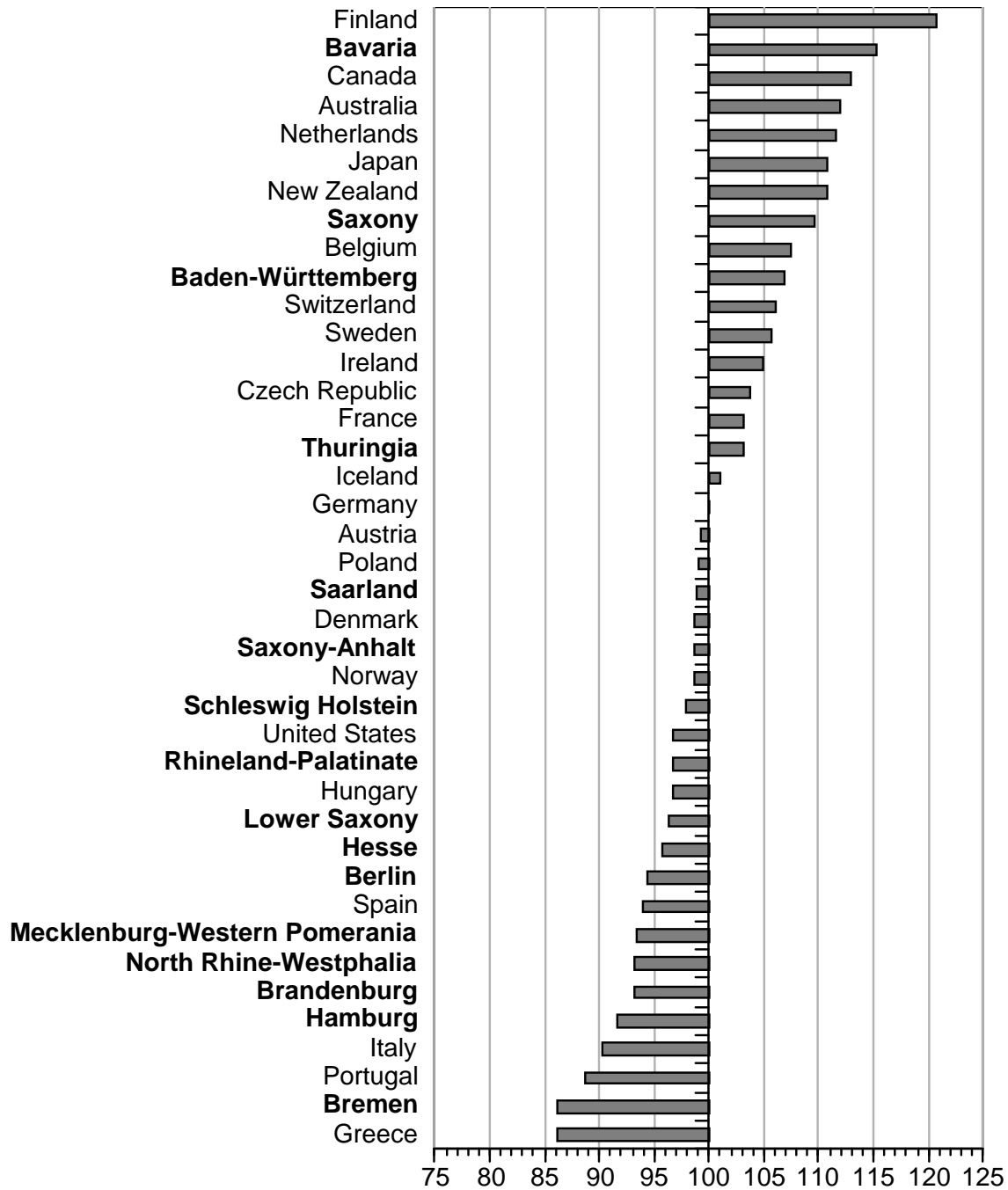
Die internationalen PISA-Studien (OECD, 2001, Bos et al., 2003) haben die bildungspolitische Diskussion in Deutschland nicht nur erheblich beeinflusst, sondern auch zu einer sehr positiven Entwicklung beigetragen. Denn mit ihrer ausdifferenzierten Analyse schulischer Kompetenzen von Jugendlichen im Alter von 15 Jahren haben sie auf der einen Seite den Leistungsstand deutscher Kinder im internationalen Vergleich gezeigt und zudem durch die Ausweitung auf eine ausdifferenzierte Analyse der einzelnen Bundesländer die Möglichkeit geschaffen, innerhalb Deutschlands auch die regionalen Variationen und Unterschiede in der Leistungsfähigkeit von Schülern herausarbeiten. Es ist auch gut nachzuvollziehen, dass die Kultusminister beschlossen haben, dieses System auch in seinem Regionalvergleich auf Dauer zu stellen (KMK 2006; Ramm et al., 2006). Auch wenn sich Deutschland bei PISA 2003 gegenüber PISA 2000 leicht verbessert hat, ist zunächst vorzustellen, dass die Bundesrepublik in beiden Erhebungen jeweils leicht unter dem

Durchschnitt der Vergleichsländer lag. Bei diesen nationalen Ergebnissen wird aber verdeckt, dass ein Bundesland wie Bayern in den drei PISA-Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften die meisten anderen internationalen Vergleichsländer hinter sich lässt und bezogen auf die Vergleichsländer der UNICEF-Studie direkt hinter Finnland platziert ist; auch andere Länder wie Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg sind in PISA 2003 oberhalb des Durchschnitt der Vergleichsländer platziert.

Hingegen liegen Bundesländer, wie Bremen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Berlin und Hamburg in der Leistungskompetenz ihrer Schüler unterhalb des Durchschnitts, teilweise im letzten Drittel. Die Platzierung der Länder zeigt die Spreizung der Bildungschancen von Kindern zwischen den einzelnen Bundesländern. Kinder aus Bremen liegen weit hinter den Kindern aus Bayern, Sachsen oder Baden-Württemberg zurück, und zwar fast genauso weit wie Kinder aus Portugal gegenüber Kindern aus Finnland oder Japan hinsichtlich ihrer Kompetenzentwicklung. Diese Unterschiede in der schulischen Leistungsfähigkeit hängen möglicherweise auch damit zusammen, dass in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Unterrichtsmethoden, unterschiedliche Leistungserwartungen der Lehrer und andere Faktoren Einfluss auf die Leistungsentwicklung von Kindern nehmen.

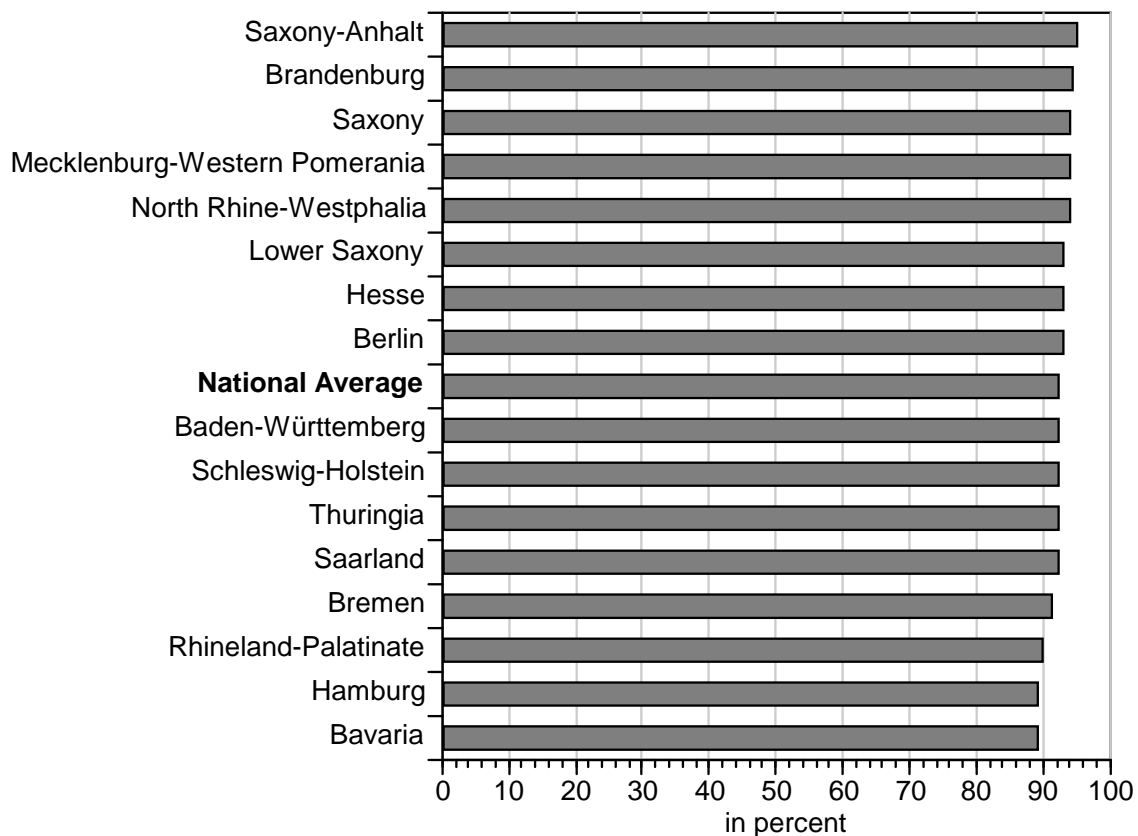
Da aber auch die anderen Indikatoren, die UNICEF heranzieht, um das Wohlergehen der Kinder im Bildungsbereich zu vergleichen, ähnliche Differenzen aufweisen, stellt sich die Frage, ob diese Unterschiede tatsächlich allein auf die Institution Schule zurückgeführt werden können. Während in Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg knapp 3 Prozent der 15- bis 19-Jährigen weder zur Schule gehen noch beschäftigt sind, liegt dieser Anteil in Berlin, Bremen oder Hamburg zwischen 5 und 6 Prozent.

Grafik 2: Kompetenz der 15-jährigen Schüler in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften



Source: Pisa 2003. Youth Education Standards in Germany. Results from the second international comparison. Notes: The somewhat divergent placement of OECD countries results from the fact that UK is named in the OECD study and is therefore part of the calculation of relative values. However UK was excluded from the official Pisa evaluation in 2003 because it did not meet the prescribed minimum number of tests to be included in the study. Therefore we do not have any official scores for the UK, and this explains why the scores differ slightly between the countries. Performance in maths, science and reading are incorporated in this table. Problem-solving competence is excluded for better comparability.

Grafik 3: Die 15- bis 18-Jährigen in Schule und Ausbildung



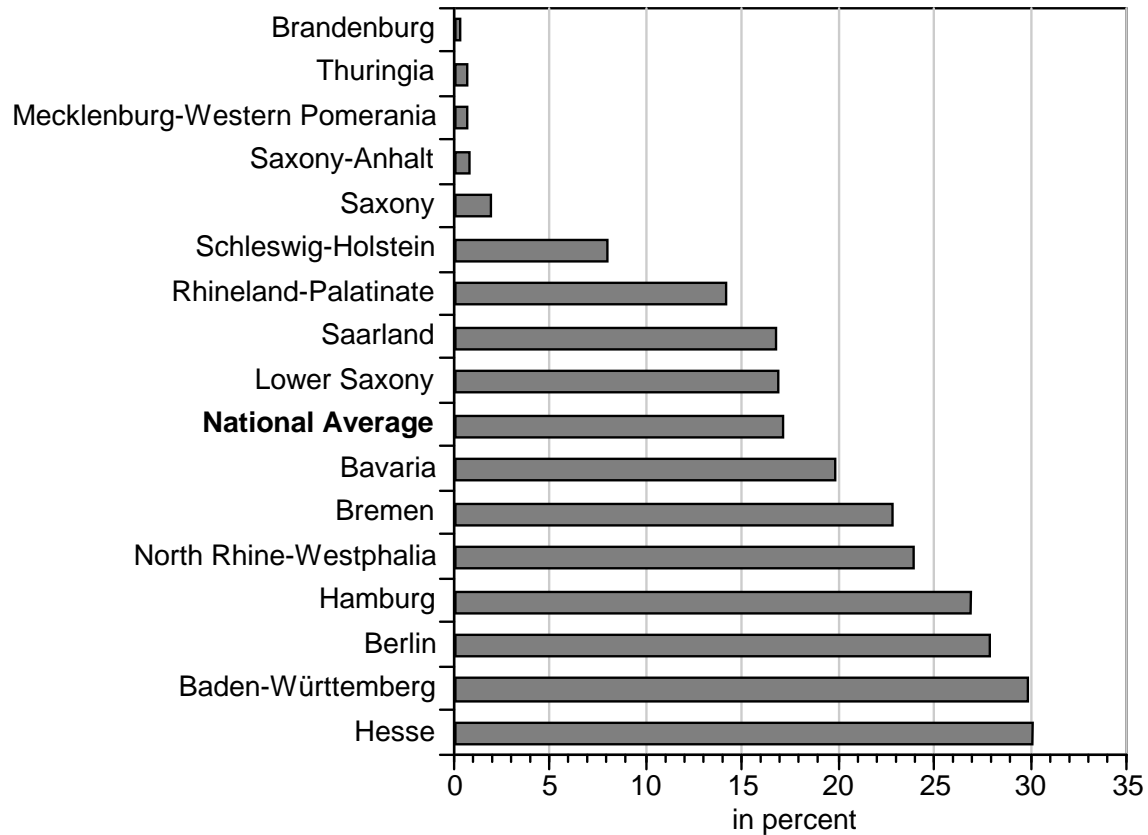
Source: Micro-census 2002, own calculations.

Nach den UNICEF-Daten weisen zudem deutsche Schüler und Schülerinnen im Alter von 15 Jahren auch ein sehr geringes Anspruchsniveau für den erwarteten Schulabschluss auf und bewegen sich hier im untersten Drittel. Im Wissen, wie wichtig die Selbsteinschätzung für die Leistungen von Schülern ist, stellt sich auch hier die Frage, wer deutsche Kinder so demotiviert, dass sie nur wenig von sich erwarten. Zu diesen Fragen haben die PISA-Autoren eine Vielzahl von Analysen vorgelegt, die die im Wesentlichen auf die große Bedeutung des Elternhauses für die schulische Entwicklung und das Verhalten der Lehrer in der Schule hinweisen. (Baumert et al., 2002). Weder die PISA-Autoren noch der jetzt vorliegende Bildungsbericht (KMK, 2006) beschäftigen sich mit der außerfamiliären und außerschulischen Lebensumwelt von Kindern. Die Perspektive der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften der Bedeutung verlässlicher Lebensumwelten von Kindern spielt in Deutschland auch in der Forschung keine Rolle.

Eine zentrale Frage für eine kinderfreundliche und zukunftsfähige deutsche Gesellschaft wird die Integration der Kinder nichtdeutscher Herkunft sein, insbesondere aus dem nichteuropäischen Ausland. Nach den Ergebnissen von PISA (OECD 2006) hat es aber

Deutschland bis heute nicht geschafft, diese Kinder in das Schulsystem zu integrieren und ihnen die gleichen Lebenschancen zu ermöglichen wie Kindern aus deutschen Elternhäusern.

Grafik 4: Kinder mit nichtdeutschem Hintergrund und schulische Abschlüsse



Source: Federal Statistical Office, Special Series 11, Section 1 Mainstream schools, academic year 2002/03 p 136ff; own calculations.

In West-Berlin, Hamburg und Bremen kommen 22 bzw. 20 resp. 16 Prozent der 15- bis 19-Jährigen aus Elternhäusern mit nichtdeutschem Hintergrund, in Bayern dagegen nur etwas über 9 Prozent. In den meisten Bundesländern ist der Anteil der Kinder nichtdeutscher Herkunft, die ohne Abschluss die Schule verlassen, viel höher, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. So liegt der Anteil dieser Kinder in Hessen in dieser Altersgruppe bei etwa 15 Prozent, aber 30 Prozent derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, haben einen solchen Hintergrund. Nach der OECD-Auswertung zur Situation von Migrantenkindern fallen die Ergebnisse für Deutschland besonders problematisch aus. Denn die Kompetenzdifferenzen zwischen Kindern mit türkischem Hintergrund sind in Deutschland gegenüber anderen Ländern, in denen auch Familien mit türkischem Hintergrund leben, besonders ausgeprägt (OECD 2006). Nach den Ergebnissen haben es Kinder aus bestimmten Ländern in Deutschland besonders schwer, ihre Leistungsfähigkeit in unserem Schulsystem angemessen entwickeln zu können. In der gleichen Studie kommt allerdings

auch zum Ausdruck (S. 65ff), dass insbesondere in Deutschland die Differenz beim Bildungsniveau der Eltern mit nichtdeutschem und deutschem Hintergrund besonders ausgeprägt ist. Das ist Ergebnis einer bestimmten Einwanderungspolitik in der Bundesrepublik, die im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa Kanada, darauf ausgerichtet war, Arbeitskräfte mit geringem Bildungshintergrund für wenig attraktive Tätigkeiten nach Deutschland zu holen. Ein Schulsystem kann solche Entscheidungen, die vor 30 Jahren getroffen wurden, natürlich nicht ausgleichen.

Dabei stellt sich aber die Frage, ob die großen Variationen bei den Leistungen im Schulsystem in Deutschland und die außerordentlich geringe Integration von Kindern mit nichtdeutschem Hintergrund auch damit zu tun haben, dass wir in unserem Bildungssystem wesentlich eine Institution zur Vermittlung von Leistungskompetenzen sehen, während alle anderen Aspekte der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an die Familie delegiert werden. Es ist selbstverständlich, dass in einem solchen System die soziale Selektion besonders ausgeprägt ist, weil es letztlich nur dann erfolgreich ist, wenn die Elternhäuser die notwendigen Lernhaltungen wie auch eine angemessene Sprachbeherrschung als Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch sicherstellen. Ein solches System muss notwendigerweise sozial selektiv wirken, da vor allem Kinder aus Elternhäusern, die Bildung als sehr wichtig einstufen, die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen.

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, 2005b) hat die These entwickelt, dass in Deutschland ganz im Sinn der oben vorgetragenen Fragmentierungshypothese Bildung deutlich von Erziehung und von Betreuung getrennt wird. Der Bericht dokumentiert das an der Differenzierung der theoretischen Konzeptionen zwischen Krippe, Kindergarten und Schule: In der Krippe wird betreut, der Kindergarten erzieht und die Schule bildet. Diese Sichtweise gilt auch in Bezug auf das Verhältnis von Schule und Elternhaus: Die Schule bildet, aber die Betreuung und die Erziehung der Kinder ist nach wie vor Aufgabe der Eltern. Solange eine Gesellschaft eine sehr homogene Population hat oder davon ausgeht, dass nur diejenigen Kinder in der Schule Erfolg haben sollen, bei denen man voraussetzen kann, dass die Eltern ihre Kinder im Sinn der Schule "richtig" erziehen, spielen solche Erwartungen keine Rolle. In einer Gesellschaft mit einer heterogenen Bevölkerung mit ganz unterschiedlichem kulturellem Hintergrund ist es eine solche Vorstellung jedoch nicht nur problematisch, sondern widerspricht geradezu dem skizzierten Ansatz eines sozial-ökologischen Entwicklungsmodells für Kinder und Jugendliche. Das geht nämlich davon aus, dass zwischen Elternhaus und den Einrichtungen, die speziell für Kinder geschaffen werden, eine verlässliche Lebensumwelt entstehen muss, in der die Kinder die Möglichkeit haben, nicht nur Einzelkompetenzen zu entfalten, sondern sich ganzheitlich zu entwickeln.

Die kindliche Entwicklung betrifft als Prozess die gesamte kindliche Persönlichkeit, und die Fragmentierung zwischen Betreuung, Erziehung und Bildung ist kein angemessenes Modell zur Zukunftsgestaltung. Dies dokumentiert sich insbesondere bei den Kindern aus Elternhäusern mit Migrationshintergrund, die auf Grund besonders großer Bildungsferne einer besonderen Förderung bedürfen. In den 60er Jahren, als Dahrendorf und Peisert das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land nachwiesen, haben alle Bundesländer erhebliche Mittel investiert, um dieses Gefälle abzubauen. Heute scheint es so zu sein, dass diese Bildungsdifferenzen durch Appelle an die Eltern, Sprachprüfungen und eventuell

Sprachkurse aufgelöst werden sollen. Diese Strategie entspricht leider immer noch der Trennung von Bildung und Erziehung: Die Eltern sollen für die Motivation der Kinder sorgen, Deutsch zu lernen, und die Kinder bekommen von der Schule Nachhilfe. Dabei geht es wie in den 60er Jahren darum, den Kindern wie den Eltern etwas nahe zu bringen, was zunächst nicht unbedingt Teil der eigenen Lebenserfahrung ist.

Gerade deshalb bedarf es verlässlicher Lebensumwelten für Kinder, in denen sie auch unabhängig von ihren Eltern Entwicklungsmöglichkeiten haben und gemeinsam mit Gleichaltrigen Angebote bekommen, die es attraktiv machen, sich auf die deutsche Kultur einzulassen. Das ist vor allem für die urbanen Zentren extrem wichtig, weil sich hier in bestimmten Quartieren Familien mit nichtdeutschem Hintergrund besonders konzentrieren. Das erklärt auch das teilweise schlechte Abschneiden von Kindern aus den urbanen Zentren wie Berlin, Hamburg oder Bremen. Ohne integrative Angebote für Kinder und Jugendliche aller Altersstufen wird sich nicht nur die hier skizzierte Entwicklung fortsetzen, sondern sie wird sich verschärfen.

Der Siebte Familienbericht hat gezeigt, dass sich die meisten deutschen Großstädte gegenwärtig mit einer doppelten Polarisierungstendenz auseinandersetzen müssen (Strohmeier et al., 2006). Auf der einen Seite gibt es eine deutliche Abwanderung von Familien der Mittelschichten aus den urbanen Zentren in die städtischen Randlagen, gleichzeitig erhöht sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in bestimmten städtischen Quartieren, egal, ob es sich um Berlin, Gelsenkirchen oder Duisburg handelt. Das hängt damit zusammen, dass Familien mit Migrationshintergrund Quartiere bevorzugen, wo bereits andere Familien mit Migrationshintergrund leben. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Reproduktionsraten von Familien mit Migrationshintergrund in den großen Städten im Durchschnitt doppelt so hoch sind wie die von Familien mit deutschem Hintergrund (Lebhart, 2006).

Ohne Angebote zu entwickeln, die es Kindern ermöglichen, sich auch außerhalb der elterlichen Wohnung und außerhalb des Unterrichts als Teil der Gesellschaft zu interpretieren und Orte zu finden, wo sie sich entsprechend ihres Alters entwickeln können, wird sich die Polarisierung zwischen eher wohlhabenden Vorstadtsiedlungen und bestimmten städtischen Quartieren fortsetzen. Gleichzeitig werden die Leistungen der Kinder aus unterschiedlichen Quartieren noch weiter auseinanderdriften, als es schon gegenwärtig der Fall ist. Es ist längst überfällig zu akzeptieren, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, und gleichzeitig zu akzeptieren, dass die Entwicklungspotenziale dieser Kinder und eine Integration dieser Kinder und ihrer Eltern in unsere Gesellschaft einer besonderen Anstrengung bedarf, die auch mehr Geld kostet.

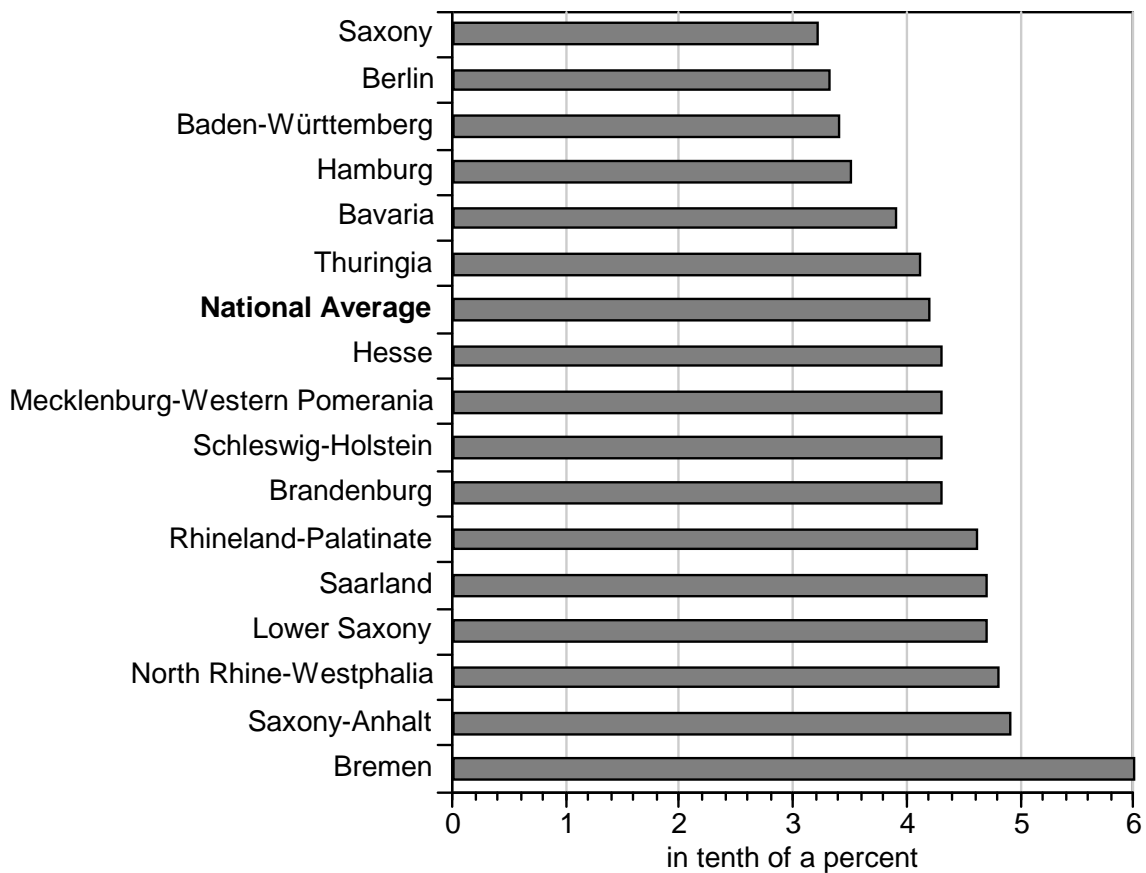
5.2 Gesundheit und Risiken

Die beiden Dimensionen Gesundheit sowie Sicherheit und Risikoverhalten von Kindern und Jugendlichen werden hier zusammengefasst, weil es nicht möglich war, alle Indikatoren, die UNICEF international zusammengestellt hat, regional auszudifferenzieren.

Die Säuglingssterblichkeitsraten sind in den hoch entwickelten Industriegesellschaften sehr niedrig. Sie variieren zwischen 3 Todesfällen auf 1000 Geburten in Japan und Island und 7

Todesfällen in Ungarn und den Vereinigten Staaten. Die regionalen Variationen in den Bildungsleistungen in Deutschland sind durch PISA auch in der Öffentlichkeit hinreichend bekannt. Doch hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit weist die Bundesrepublik regional auf der Basis der Daten der amtlichen Statistik genauso starke Schwankungen auf wie alle von der UNICEF untersuchten Nationen. So liegt Sachsen mit 3,2 Todesfällen auf 1000 Geburten auf dem Niveau von Island und Japan, und auch Berlin liegt mit 3,3 Todesfällen verhältnismäßig gut. Dagegen befinden sich Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt mit knapp 5 Todesfällen im unteren Drittel des Nationenvergleichs, während Bremen mit 6 Todesfällen auf 1.000 Geburten auch im internationalen Vergleich bei den hoch entwickelten Nationen relativ schlecht dasteht.

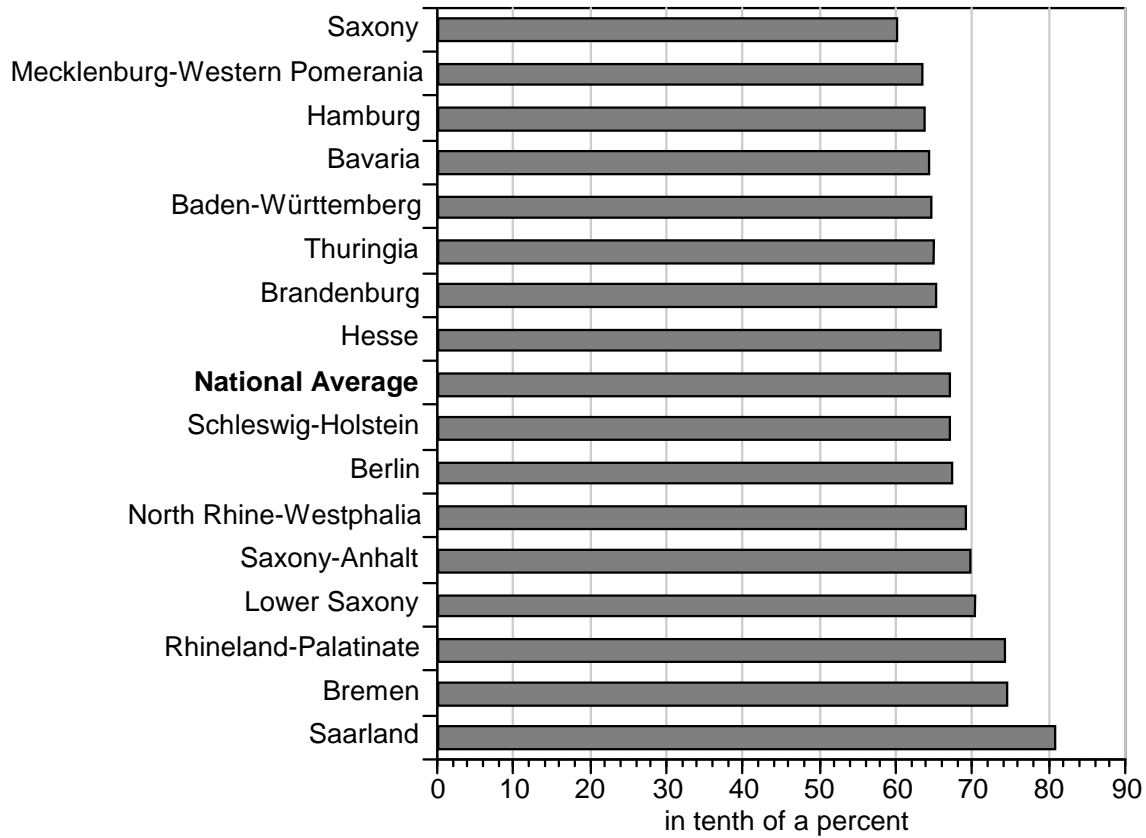
Grafik 5: Säuglingssterblichkeit



Source: Federal Statistical Office; statistics of natural population movement 2002.

Ein geringes Geburtsgewicht von Kindern ist ein wichtiger Indikator für den Gesundheitszustand der Mütter und weist in Deutschland ebenso erhebliche Variationen auf. Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg stehen hier relativ gut da, während erneut Bremen und hier auch das Saarland sehr schlechte Werte aufweisen.

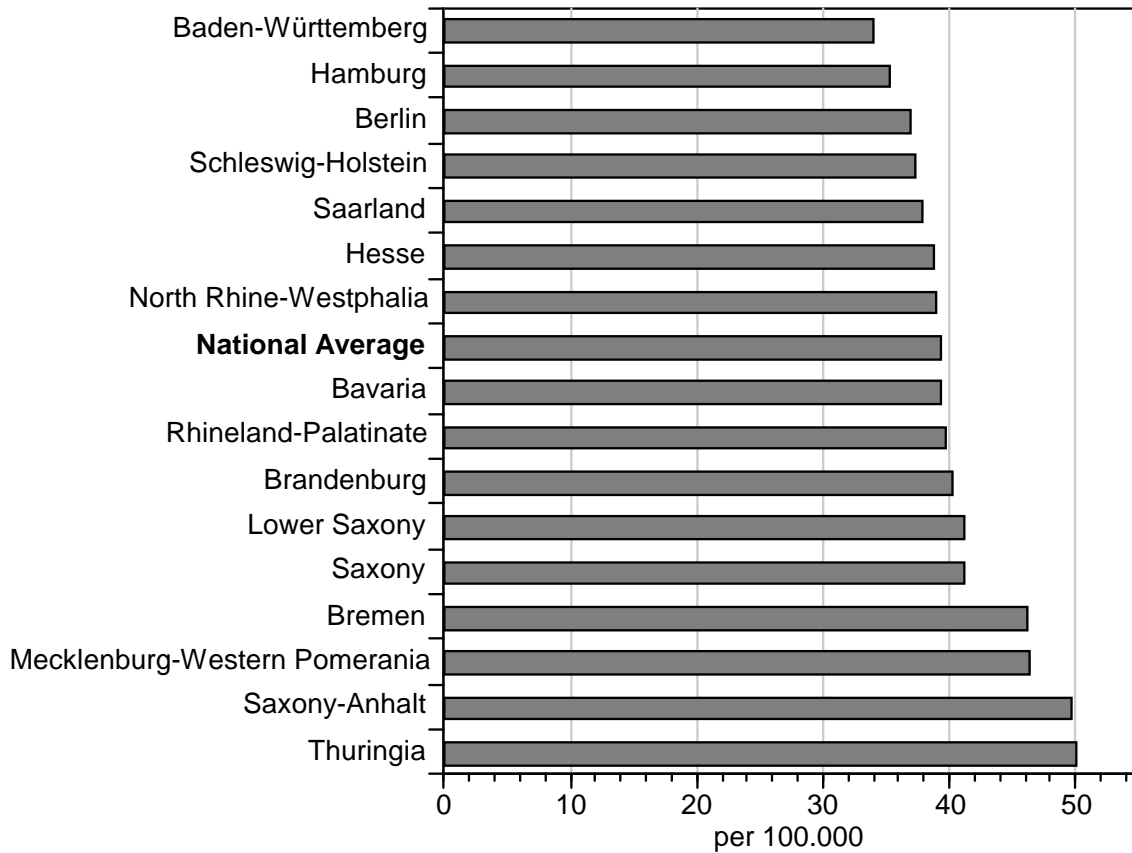
Grafik 6: Geburtsgewicht



Source: DJI Regional data base using data from statistical offices of the federal states 2002.

Auch wenn solche Daten nicht isoliert bewertet werden sollten, stellt sich die Frage nach den Ursachen für diese Variation. Das umso mehr, wenn auch noch die Todesfälle durch Unfälle oder andere Ursachen bei Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 20 Jahren nicht nur wiederum ähnlich deutliche Variationen aufweisen, sondern ausgerechnet Bremen gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen wiederum zur Schlussgruppe gehört, während die anderen Bundesländer bei diesen Indikatoren stärker variieren.

Grafik 7: Todesfälle bis zum 20. Lebensjahr



Source: DJI Regional data base using data from statistical offices of Federal States 2002.

Notes: Please note that the age in our statistics differs from the UNICEF (2007) statistics by one year.

Die Gesundheitssituation in den einzelnen Bundesländern kann nicht gegeneinander gewichtet werden, doch scheinen die Risiken für Kinder, auf die Welt zu kommen und gesund aufzuwachsen, in Deutschland regional sehr unterschiedlich verteilt zu sein. Daher sollten diese wenigen Indikatoren nur als Anregung betrachtet werden, ähnlich wie inzwischen im Bildungsbereich, herauszuarbeiten, wodurch die Variationen dieser Indikatoren zu erklären sind. Selbst bei teilweise sehr geringen Fallzahlen sollte nicht vergessen werden, dass es sich bei der Umrechnung auf die jeweiligen Bundesländer und ihre Bevölkerungszahlen immer um mehrere hundert Fälle pro Bundesland handelt. Der nationale Aktionsplan betont ausdrücklich, dass über ein Monitoring im Bereich des Kindeswohls nachgedacht wird und möglicherweise vorhandene Untersuchungen fortgeführt werden sollen. Nach diesen wenigen Daten scheint es sinnvoll zu sein, ein Indikatorentableau auf der Basis eines gesundheitspolitischen Konzepts zu entwickeln und diese Differenzen zwischen den Bundesländern mit vorhandenen Daten und laufenden Untersuchungen regelmäßig zu analysieren, um Strategien zur Verringerung dieser Differenzen zu entwickeln.

Denn die mittelmäßige Platzierung Deutschlands lässt auf Schwächen im deutschen Gesundheitssystem schließen. Obwohl Deutschland nach den Daten der OECD (2005) für das Gesundheitssystem insgesamt wesentlich mehr ausgibt als etwa Dänemark oder Schweden, die im Bereich der kindlichen Gesundheit den 4. und 1. Platz einnehmen, stellt sich die Frage, warum das dortige Niveau weder in einzelnen Bundesländern, noch überall in Deutschland zu erreichen ist. Mit großer Selbstverständlichkeit werden die steigenden Gesundheitskosten mit dem medizinischen Fortschritt und dem steigenden Lebensalter der Bevölkerung begründet. Hier stellt sich die Frage, warum im Bereich der kindlichen Entwicklung nicht ähnlich verlässliche Daten zusammenzustellen sind wie heute schon in der Epidemiologie vieler Krankheiten von Erwachsenen. Denn Prävention ist in dieser Perspektive nicht nur im Interesse des Kindeswohls, sondern langfristig im Interesse der gesamten Gesellschaft. Der Vorschlag des Robert-Koch-Instituts, Differenzierungen lediglich zwischen Nord-Süd und Ost-West vorzunehmen, kann nicht überzeugen, insbesondere auch deswegen nicht, weil das Bundesministerium für Familie in einem jüngst vorgelegten Familienatlas auch die regional unterschiedlichen Lebensbedingungen von Kindern demonstriert hat (Prognos 2005). Der erste Familienatlas (Bertram et al., 1993) hatte auch schon die regelmäßig erhobenen Infrastrukturdaten der medizinischen Versorgung für Kinder erfasst. Warum diese Ansätze nicht weiterentwickelt worden sind, liegt nicht an den fehlenden Forschungskompetenzen, aber offenkundig spielen Kinder in der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems nur eine Nebenrolle.

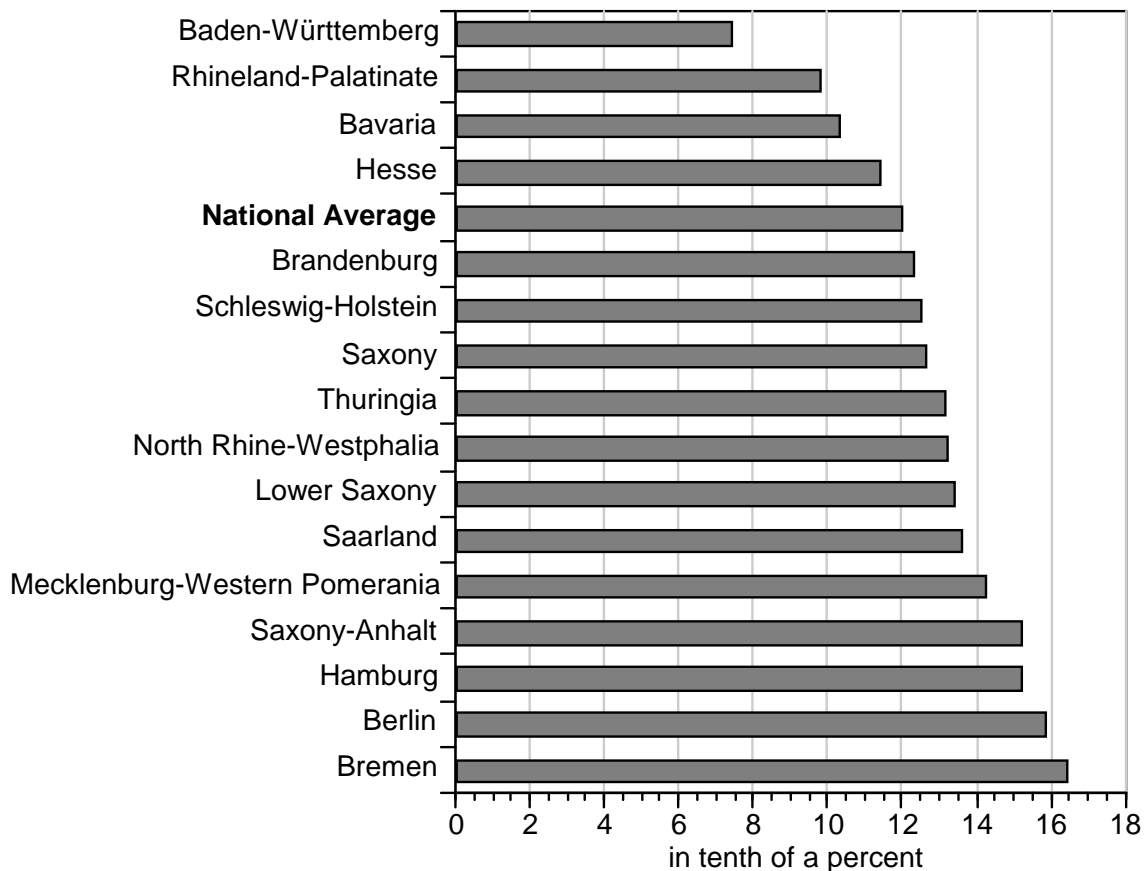
Im Rahmen dieser Analyse war es nicht möglich, das gesamte deutsche Forschungsfeld in diesem Bereich zu analysieren. Doch Daten zum Gesundheitsverhalten von Kindern, wie etwa das regelmäßige Frühstück, das Obstessen, das Sporttreiben oder das Übergewicht, sind auf Länderebene gar nicht verfügbar. Zwar misst der Mikrozensus inzwischen das Übergewicht auf der Basis freiwilliger persönlicher Angaben, aber die anderen Indikatoren werden auf regionaler Ebene gar nicht erfasst, ebenso wenig wie der Alkohol- oder Drogenkonsum von 15-Jährigen oder ihr Sexualverhalten.

Nun könnte man das für unerheblich halten, wenn sich Jugendliche hier in Deutschland im Durchschnitt kaum voneinander unterscheiden. Doch zeigen einige wenige Studien (Kraus et al., 2004) zum Risikoverhalten von Schülern in ausgewählten Bundesländern erhebliche Variationen bei diesen Indikatoren. So geben 8 Prozent der 15- bis 16-jährigen Brandenburger an, in den letzten 30 Tagen zweimal betrunken gewesen zu sein, in Bayern waren es hingegen fast 13 Prozent. Der Cannabiskonsum wird in Berlin von 15- bis 16-Jährigen von 17 Prozent angegeben gegenüber etwa 12 Prozent in Brandenburg; in Mecklenburg-Vorpommern sagen fast 50 Prozent der 15- bis 16-Jährigen, regelmäßig zu rauchen, in Bayern wiederum nur 30 Prozent (Tabellen im Anhang). Diese Zahlen können hier nur unkommentiert mitgeteilt werden als Hinweis darauf, dass für Kinder und Jugendliche in Deutschland offenbar regional sehr unterschiedliche Risiken bestehen.

Wenn es darum geht, das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich zu verbessern und vom 12. Platz aller untersuchten Länder wegzukommen (Grafik 1), dann gelingt das nur durch eine gezielte Prävention entsprechend der regionalen Risikoprofile; diese gibt es bisher aber nicht. Zu den wenigen erhobenen amtlichen Daten gehört auch die Fertilität von Teenagern im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Hier befindet sich Baden-

Württemberg mit seinen niedrigen Werten im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe im Gegensatz zu den Großstädten Berlin und Bremen, die im unteren Drittel liegen. Deutschland insgesamt scheint hier eher zu den Ländern mit weniger Problemen zu gehören. Mit der Teenagerfertilität variiert auch die Abtreibungsquote, die dort hoch ist, wo auch die Teenagerfertilität hoch ist. Hier können durch präventive Maßnahmen die Lebenschancen von Kindern und jungen Frauen erheblich verbessert werden.

Grafik 8: Teenagerfertilität

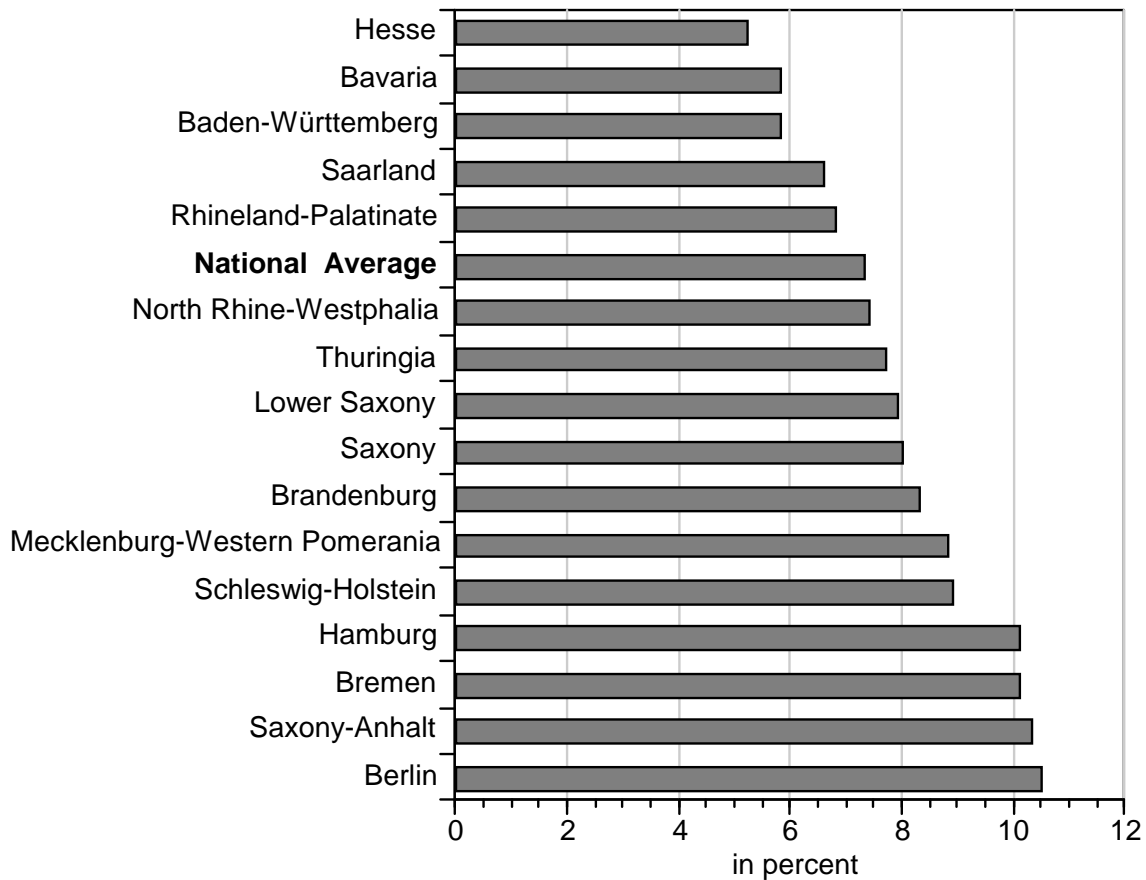


Source: Statistical Offices of the Federal States; statistics of natural population movement 2002.

In gleicher Weise ist festzustellen, dass sich die Erfahrung von Gewalt und Gewalttätigkeit, obwohl in der Öffentlichkeit immer wieder intensiv diskutiert, bundesweit in den alten Bundesländern auf keine verlässlichen Daten stützen kann. Trotz der öffentlichen Skandalisierung vieler Vorfälle aus diesem Bereich in den letzten Jahren und Monaten werden diese Phänomene nicht systematisch erforscht. Das ist nicht nur deswegen bedauerlich, weil eine Verbesserung der Position Deutschlands von einer gezielten regionalen Analyse und Prävention abhängt, sondern auch weil andere Indikatoren, die sich hilfswise heranziehen lassen, in diesem Bereich erhebliche Streuungen aufzeigen. Nach den Tatverdächtigenzahlen deutscher Jugendlicher in der polizeilichen Kriminalstatistik werden in Berlin auf 100.000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren über 10.000 als

tatverdächtig gezählt gegenüber 5.800 in Bayern und nur 5.100 in Hessen. Diese Unterschiede sind nicht als eine Stadt-Land-Differenz zu interpretieren. Denn Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg liegen mit Tatverdächtigenzahlen zwischen 8.300 und 8.800 nur wenig hinter den Stadtstaaten und unterscheiden sich deutlich von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Sachsen-Anhalt liegt als Flächenland dagegen hinter Berlin an 2. Stelle.

Grafik 9: Tatverdächtige Jugendliche



Source: Federal Criminal Agency, police crime statistics 2002, Wiesbaden 2003, p. 101.

Notes: Relevant numbers for non-German suspects cannot be calculated because data covering residents does not include illegal and legal foreigners (e.g. tourists, business, travelers, visitors, cross border workers, military personal and diplomats).

Nun sagen Tatverdächtigenzahlen nicht unbedingt etwas über das tatsächliche abweichende und kriminelle Verhalten von Jugendlichen aus (Pfeiffer et al., 2000), sondern dokumentieren zunächst nur die Aufmerksamkeit und Aktivität der Polizei. Eine Variation in Deutschland zwischen 5 und 10 Prozent, und zwar auch zwischen den Flächenländern, lässt sich auch so interpretieren, dass die Polizei in manchen Flächen- und Stadtstaaten viel häufiger aktiv wird und als Erzieher fungiert, weil entsprechende andere Angebote und Einrichtungen fehlen. Zum anderen ist denkbar, dass auf Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen in diesem Alter unterschiedlich reagiert wird. Die doch erheblichen Variationen zwischen den Bundesländern können jedoch theoretisch von großer Bedeutung sein. Denn die sozial-

ökologische Forschung (Garbarino, 1992; Brooks-Gunn et al., 2000) hat nachdrücklich gezeigt, dass verschiedene Risikovariablen in ihrem Effekt auf die kindliche Entwicklung einzeln eher schwach ausgeprägt sind, hingegen führt die Kumulation von mehreren dieser Variablen dazu, dass die schwachen Effekte der Einzelvariablen bei gemeinsamem Auftreten die Lebenschancen und das Wohlbefinden der Kinder erheblich beeinträchtigen. Solche sozial-ökologischen Kontexteffekte lassen sich aber nur dann erkennen, wenn sie auch gemeinsam erfasst und daraus bestimmte Konsequenzen für Prävention und Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern abgeleitet werden.

Inzwischen haben einzelne Kommunen höchst differenzierte Systeme der Sozialberichterstattung entwickelt, die jedoch immer noch der eingangs kritisierten fragmentierten Institutionenlogik folgen. Nicht das Kindeswohl steht im Mittelpunkt, sondern die Leistungsfähigkeit und Effizienz der jeweiligen Institution. Solche kommunalen Ansätze lassen sich im Sinne eines umfassenden Konzepts des Kindeswohls weiterentwickeln, weil viele der Daten, die UNICEF in diesem Bereich bündelt, zumindest auf lokaler Ebene durch die entsprechenden Gesundheitsdienste, Einrichtungen der Jugendämter und die Schulen erfassbar sind. Das gilt auch für die Bundesländer, die in ihre Berichterstattung zur Lebenslage von Kindern neben Gesundheits- und Bildungsdaten auch soziale und wirtschaftliche Daten aufnehmen. Allerdings setzt das voraus, dass die jetzt teilweise schon vorhandenen Datensätze auch durch die subjektive Einschätzung der Kinder und Jugendlichen selbst durch Befragungen ergänzt werden, wie es das Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts auf nationaler Ebene versucht hat. Da verschiedene Bundesministerien eine Reihe der hier erwähnten Studien finanzieren, wäre - im Sinne des Nationalen Aktionsplans - eine Integration der verschiedenen Ansätze relativ leicht zu erreichen, und das versprochene Monitoring zur Verwirklichung der Kinderrechte hätte hier eine fundierte und solide Basis (Bundesministerium für Familie, 2005a).

5.3 Ökonomische Sicherheit und kindliches Wohlbefinden

In den letzten Jahren hat es in Deutschland eine intensive und sehr ausdifferenzierte Diskussion zur ökonomischen Lage von Kindern und zu den Folgen ökonomischer Deprivation gegeben (Butterwege et al., 2005; Hurrelmann, 2002; Klocke et al., 2005; Zweiter Armutsbericht der Bundesregierung, 2005). Das am Kindeswohl orientierte Modell materiellen Wohlbefindens von UNICEF unterscheidet sich jedoch von vielen Diskussionen in Deutschland. Häufig wird hier die ökonomische Benachteiligung von Kindern als Ursache für viele andere Beeinträchtigungen der Lebenschancen von Kindern interpretiert, so dass der Eindruck entsteht, die wichtigste Ursache der Benachteiligung von Kindern in hoch differenzierten Gesellschaften sei die ökonomische Deprivation. Logischerweise folgt daraus als politische Konsequenz die Forderung nach weiteren ökonomischen Transferleistungen, wie sie auch häufig formuliert wird (Borchert, 2002). Das Modell von UNICEF geht jedoch in seiner Orientierung an Bronfenbrenners sozial-ökologischem Modell davon aus, dass erst durch eine Kumulation von einzelnen Dimensionen im positiven wie negativen Sinne entsprechende Formen von Benachteiligung entstehen. Diese sozial-ökologischen Ansätze sehen in finanziellen Transfers lediglich einen Aspekt in einem Policy Mix, der auf spezifische Kumulationen benachteiligender Faktoren reagieren muss. Da die sozial-ökologischen Belastungsprofile von Kindern und Familien in unterschiedlichen Kontexten sehr verschieden sind, müssen auch die politischen Maßnahmen für Kinder und Familien auf

diese spezifischen Profile reagieren. In einer solchen Konzeption sind finanzielle Transfers zwar eine wichtige Strategie zur Verbesserung des kindlichen Wohlbefindens und der kindlichen Lebenschancen, aber nur als ein Instrument neben anderen, wie etwa der Entwicklung verlässlicher Lebensumwelten und Institutionen für Kinder, die ihnen auch unabhängig vom Elternhaus Bildungschancen und Lebensperspektiven eröffnen können.

Materieller Wohlstand von Familien und Kindern wird im UNICEF-Konzept erfasst durch relative Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit des gesamten Haushalts, sowie durch Faktoren, die das Kind selbst unmittelbar betreffen, wie seine Wahrnehmung des Wohlstands der Familie oder der Besitz von Gütern, die für die eigene Bildung von Bedeutung sind. Hier wird deutlich, dass das Kindeswohl immer auch davon abhängt, wie Kinder selbst ihre eigene Situation und ihre persönlichen Chancen einschätzen. Dieser Aspekt wird in der deutschen Debatte selten thematisiert (Zinnecker, 2001). Vielmehr hat sich die deutsche Debatte um das relative Wohlbefinden von Kindern in den letzten Jahren stark auf den schulischen Erfolg und auf die ökonomische Situation von Kindern und Familien konzentriert.

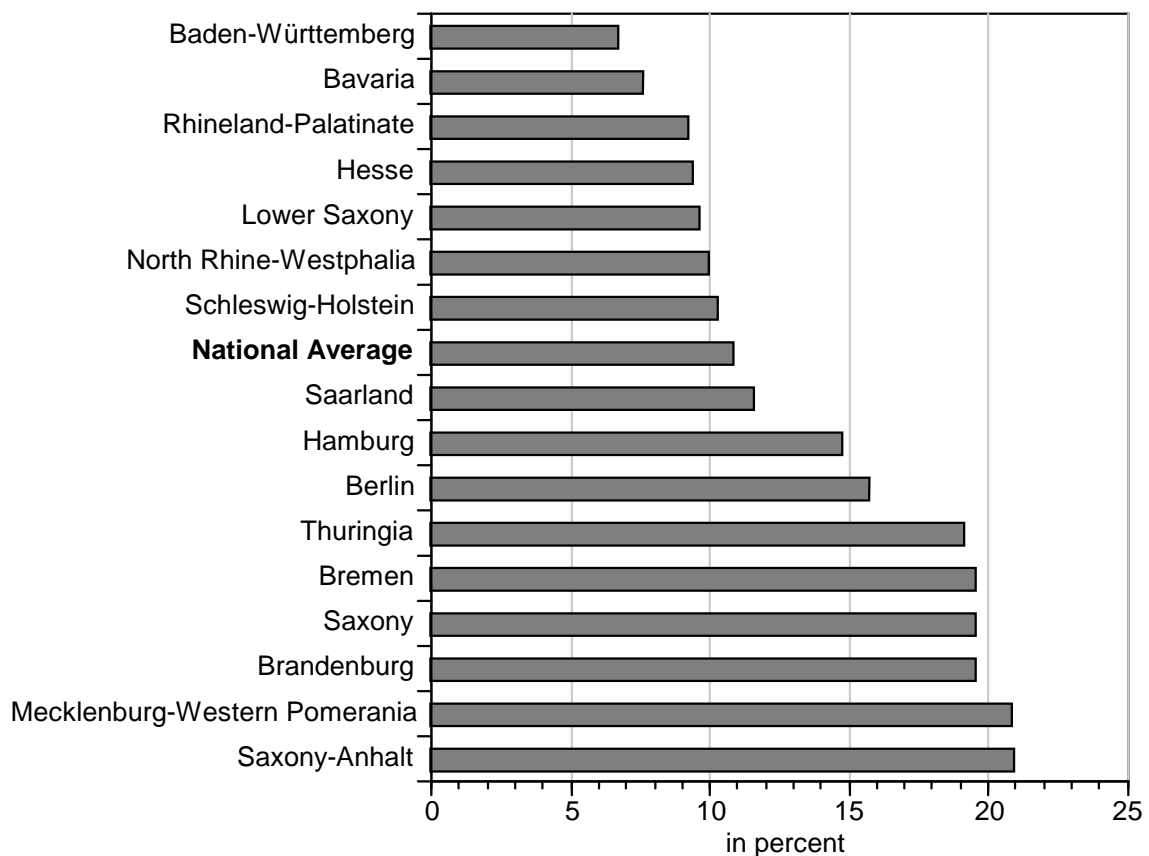
Es gibt in Deutschland inzwischen eine unüberschaubare Literatur zur relativen Armut von Kindern. Diese geht zumeist davon aus, dass die ökonomische Benachteiligung oder relative Armut von Kindern notwendigerweise zu einer Benachteiligung der kindlichen Lebenschancen führt. Sowohl aus historischen Längsschnittstudien (Elder, 1974) wie aus aktuellen Studien (Leibfried, Leisering und Buhr, 1995) ist jedoch bekannt, dass die Frage der relativen ökonomischen Deprivation im Lebenslauf von Kindern je nach Dauer und Ausmaß ganz unterschiedliche Effekte haben kann. (Rainwater und Smeeding, 2003) Darüber hinaus spielen auch Faktoren des Umgangs der Eltern und der Familie mit ihrer ökonomischen Lebenslage eine erhebliche Rolle für die kindliche Entwicklung. Die wenigen deutschen Arbeiten (Meier, Preuß, Sunnus, 2003) zeigen deutlich, dass Familien auf ökonomisch prekäre Lebenslagen sehr unterschiedlich reagieren und daher auch eine differenzierte, der Lebenssituation entsprechende Unterstützung brauchen. Manchmal reicht eine differenzierte Schuldnerberatung, um mit den eigenen ökonomischen Ressourcen angemessen umzugehen, oder es bedarf der Unterstützung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt. Daneben sind aber auch weitergehende Hilfen und Angebote nötig, die eine entsprechende Infrastruktur voraussetzen. Eine solche Perspektive ist nur realistisch zu entwickeln bei zuverlässigen Informationen über die sozio-ökonomische Situation von Familien im kommunalen Kontext, für den die Gießener Arbeitsgruppe auch Vorschläge gemacht hat (Meier et al., 2004).

UNICEF hat auf der Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, eine sorgfältige Analyse der relativen ökonomischen Kinderarmut für Deutschland vorgelegt (Corak, Fertig, Tamm, 2005) und die Veränderungen relativer Kinderarmut seit 1984 sowie den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert analysiert. So gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wie aber auch zwischen verschiedenen Lebensformen von Familien mit Kindern. Die Autoren berechnen für Deutschland insgesamt eine relative Kinderarmut auf der Basis des SOEP von 10,2 Prozent, wobei sie 50 Prozent des Medianeinkommens von Familien als relative Armutsgrenze bestimmen.

Obwohl die Stichprobe des SOEP relativ groß ist, ist eine Differenzierung nach Bundesländern und unterschiedlichen familiären Lebensformen nicht möglich, weil die

Fallzahlen pro Bundesland und pro familiärer Lebensform für empirisch valide Analysen zu klein sind. Hingegen lässt der Mikrozensus als 1-Prozent-Stichprobe der Gesamtbevölkerung eine solche Differenzierung zu. Auf der Basis der Mikrozensusdaten und der relativen Armutsgrenze in Anlehnung an Corak, Fertig und Tamm leben 10,9 Prozent der unter 18-jährigen Kinder in Familien mit einem Einkommen bis zu 50 Prozent des Median-Einkommens. Diese nur geringe Abweichung von den Ergebnissen des SOEP spricht für die Qualität der Repräsentativität des SOEP und bestätigt diese Ergebnisse. Auch korrespondieren diese 10,9 Prozent mit jenem 13. Platz Deutschlands der UNICEF-Vergleichsliste im internationalen Vergleich. Nun haben Corak, Fertig und Tamm schon gezeigt, dass dieses Ergebnis auch durch die erheblichen Einkommensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zustande kommt, so dass der bundesrepublikanische Durchschnittswert eben auch durch die unterschiedlichen Einkommenssituationen zwischen West- und Ostdeutschland beeinflusst wird.

Grafik 10: Relative Armut von Familien mit Kindern unter 18 Jahren



Source: Micro-census 2002 (scientific use file - N=503075), own calculations.

Notes: Relative poverty was calculated on the basis of the median income of all incomes of families with children under 18 in Germany.

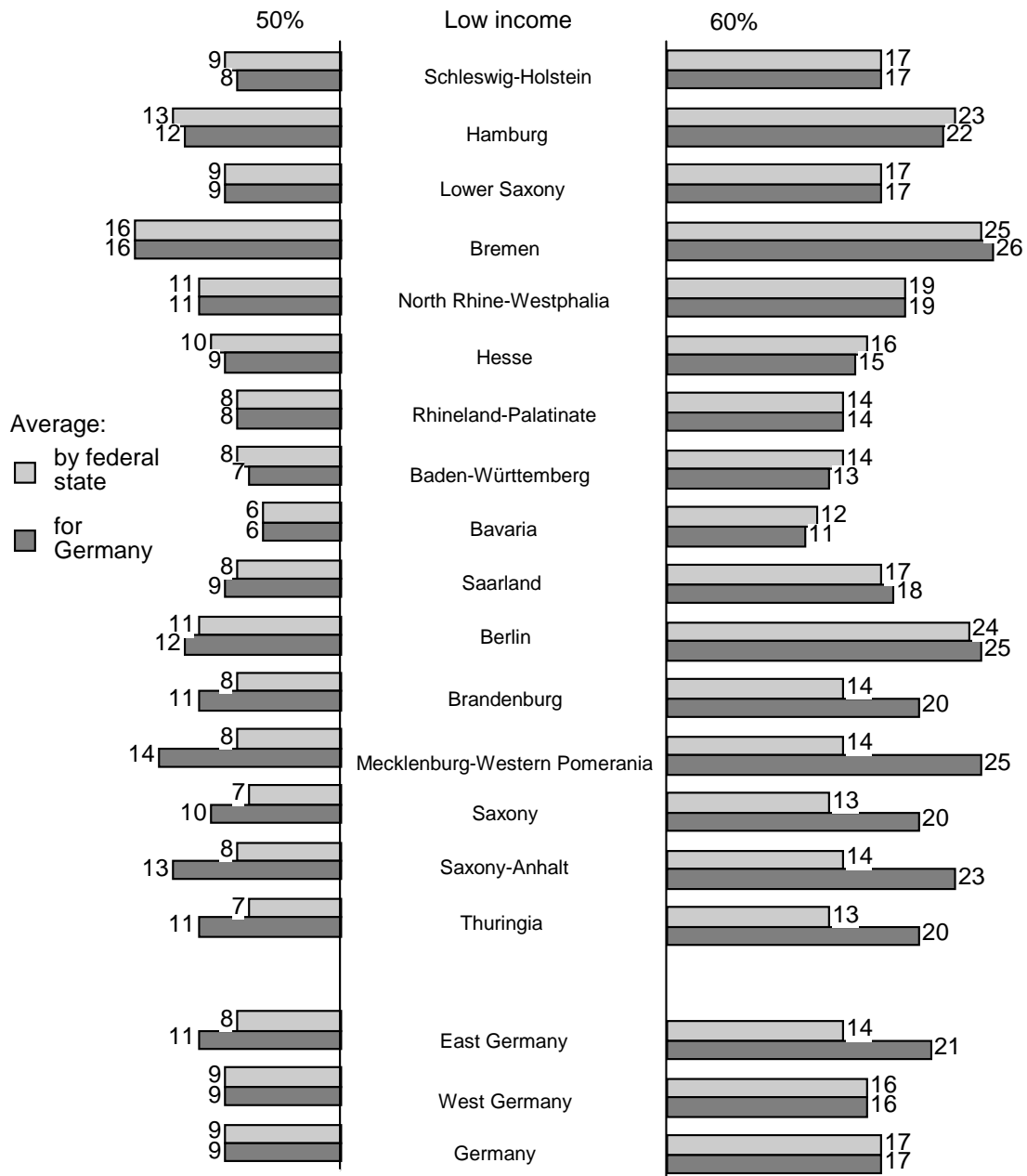
Those below 50 percent of the German median income are considered 'relative poor'. The net monthly family income includes both government and private transfer payments.

Bei der Analyse der relativen Armut in Deutschland auf dieser Basis liegen die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg mit etwa 7 Prozent relativer Armut in ähnlicher Größenordnung wie die nordeuropäischen Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden weisen Werte zwischen 4 und 5 Prozent aus, die Schweiz rund 7 Prozent und die Niederlande etwa 8 Prozent. Auf der anderen Seite bewegen sich Mecklenburg-Vorpommern mit 21 Prozent relativer Kinderarmut ähnlich wie Thüringen und Sachsen-Anhalt in der gleichen Größenordnung wie die USA. Deutschland umfasst also höchst unterschiedliche ökonomische Lebenslagen von Nordeuropa bis zu den USA.

Daraus wird aber auch deutlich, dass es in großen, bevölkerungsreichen Ländern sinnvoll ist, neben nationalen Durchschnittswerten auch die regionalen Variationen der einzelnen Bundesländer und Kommunen zu berücksichtigen. Denn die ökonomische Entwicklung in den südwestdeutschen Metropolen führt nicht nur zu höheren Einkommen, sondern auch zu höheren Lebenshaltungskosten. Daher besteht in Regionen mit hohem Einkommen zumindest tendenziell die Gefahr, die relative Kinderarmut mit dem Bezug zum Bundesdurchschnitt zu unterschätzen, während sie in den ärmeren Regionen tendenziell überschätzt wird, weil dort entsprechend insgesamt geringere Einkommen erzielt werden. Auf diesen Effekt hat schon UNICEF am Beispiel der USA (2005) hingewiesen. Manche Staaten wie New Jersey haben insgesamt im nationalen Vergleich sehr hohe Einkommen, so dass im nationalen Durchschnitt die relative Kinderarmut gering ist, was aber wenig über die tatsächliche Situation dort aussagt. Vergleiche setzen daher eine Güterabwägung voraus, was genau verglichen werden soll. Für internationale Vergleiche ist eine solche nationale Betrachtungsweise sinnvoll, um die relative Position eines Landes zu bestimmen, jedoch ist für politische Schlussfolgerungen und Handlungsstrategien innerhalb eines Landes eine Differenzierung nach Regionen und Kommunen vermutlich ergiebiger und besser.

Zudem verteilen sich die Lebensformen und Kinderzahlen in Deutschland nicht gleich. In den neuen Bundesländern ist die Zahl der Alleinerziehenden höher als in den alten Bundesländern, und die Kinderzahlen variieren erheblich zwischen den großen Städten und den ländlichen Regionen. Daher muss bei Regionalvergleichen noch zusätzlich für jede Region eine entsprechende Gewichtung der Haushaltsstrukturen und Lebensformen berücksichtigt werden. Das lässt sich auf der Basis der OECD-Skala, die das Familieneinkommen eines Haushalts für die erste Person mit 1, für die zweite erwachsene Person mit 0,5 und für die Kinder unter 15 Jahren mit 0,3 gewichtet, gut abbilden, weil die Analyse so die regionalen Haushaltszusammensetzungen berücksichtigt.

Grafik 11: Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen in Deutschland und seinen Ländern



* Low income 50 per cent and 60 per cent of median average per capita income.

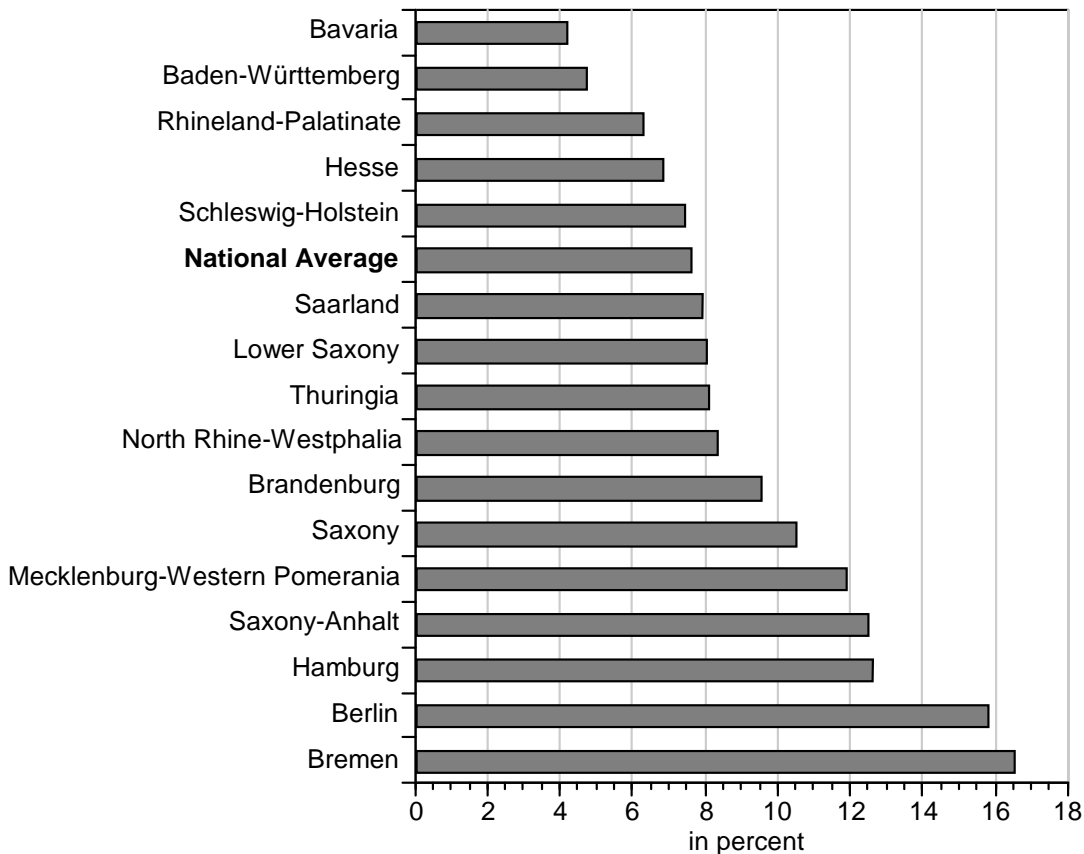
Micro-census findings. Data in per cent. Family Research Centre in the Baden-Württemberg State Statistical Office.

Grafik 11 gibt auf der linken Seite die relative Einkommensarmut auf der Basis des 50 Prozent-Kriteriums und auf der rechten Seite auf der Basis des 60 Prozent-Kriteriums des gewichteten Median-Pro-Kopf-Einkommens wieder. Im Grundsatz bestätigt die Grafik die Ergebnisse des RWI auf der Basis des SOEP. Allerdings ist die bundesdurchschnittliche Zahl mit 9 Prozent niedriger, aber die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland bleibt bestehen. Bayern mit 6 Prozent und Baden-Württemberg mit 7 Prozent liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, demgegenüber weisen Mecklenburg-Vorpommern mit 14 Prozent und vor allem Bremen mit 16 Prozent doppelt so hohe Werte auf. Das Bild verändert sich aber deutlich, wenn der jeweilige Landesdurchschnitt des Medianeinkommens zu Grunde gelegt wird. Dann liegt die relative Kinderarmut, bezogen auf die jeweiligen Länder, in den neuen Bundesländern unterhalb der relativen Kinderarmut in Westdeutschland, wobei Bayern mit 6 Prozent auch bei dieser länderspezifischen Betrachtungsweise die Spitze hält.

Die sehr niedrigen Werte in Ostdeutschland sind einerseits Ergebnis einer insgesamt geringeren Einkommensdifferenzierung in den neuen Bundesländern. Zum anderen hängt das auch mit der viel höheren Erwerbsquote von Müttern in den neuen Bundesländern zusammen gegenüber den alten Bundesländern, mit der Konsequenz, dass in den neuen Bundesländern alleinerziehende Mütter in der Regel über ein selbstständiges Einkommen verfügen, während in Westdeutschland in diesen Fällen häufiger staatliche Unterstützung in Anspruch genommen wird.

Die Grafik macht darüber hinaus allerdings etwas deutlich, was auf der Basis des SOEP nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Das höchste Risiko, in relativer Armut zu leben, haben Kinder in Deutschland dann, wenn sie in Bremen, Berlin oder Hamburg leben, und zwar unabhängig vom Bundesdurchschnitt oder dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Aber auch relativ wohlhabende Bundesländer wie Hessen mit einer geringen Arbeitslosigkeit weisen, berechnet auf der Landesebene, höhere Armutsrelationen auf als Ostdeutschland. Die gleiche Relation ergibt sich beim 60 Prozent-Kriterium des Medianeinkommens. Für die relative Kinderarmut ist daher davon auszugehen, dass die relative Gefährdung von Kindern, nicht an der materiellen Entwicklung der Gesellschaft partizipieren zu können, vor allem dann festzustellen ist, wenn sie in den großen urbanen Zentren der Republik aufwachsen. Unabhängig von der gewählten Berechnungsmethode und unabhängig vom gewählten Maßstab sind Kinder in Bremen, Hamburg und Berlin in hohem Maße armutsgefährdet, während selbst auf der Basis des Bundesdurchschnitts arme Bundesländer wie Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern besser dastehen.

Grafik 12: Beschäftigungslose Haushalte mit Kindern



Source: Micro-census 2002, own calculations.

Notes: households with children. Every household with children of any age. Households are classified with unemployed adults according to the EU definition of employment.

Für diese zunächst überraschenden Ergebnisse gibt es zwei gut nachvollziehbare Gründe, die auch noch miteinander variieren. Im Bundesdurchschnitt liegt die Arbeitslosenquote von Haushalten mit Kindern bei etwa 7,6 Prozent. Dabei schneiden Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit 4,2 resp. 4,7 und 6,3 Prozent sowohl im nationalen wie auch im internationalen Vergleich sehr gut ab. Auch die neuen Bundesländer Thüringen, Brandenburg und Sachsen stehen mit 8 bis etwa 10 Prozent an Arbeitslosenhaushalten mit Kindern viel besser da als die drei Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen mit 12,6 resp. 15,8 und 16,5 Prozent. Das Risiko, in einem Haushalt zu leben, in dem weder Vater noch Mutter Arbeit haben, ist in Bremen ungefähr viermal so hoch wie in Bayern. Der Zusammenhang zwischen dem Risiko, in einem Haushalt mit arbeitslosen Eltern zu leben und unter der relativen Armutsgrenze zu leben, ist auf der Basis dieser Daten gut nachzuvollziehen.

Aus diesen Zahlen wird unmittelbar deutlich, dass es nicht sinnvoll ist, Deutschland lediglich unter der Perspektive einer Differenz zwischen Ost und West zu analysieren. Mindestens ebenso wichtig ist es, die Differenz zwischen dem Norden und Süden Deutschlands wie aber

auch zwischen den großen urbanen Zentren und den Flächenstaaten zu berücksichtigen, wenn es um das kindliche Wohlbefinden geht. Denn die süddeutschen Bundesländer liegen bis auf das Saarland, das besondere Probleme aufgrund seiner niedergehenden Industriestrukturen hat, über dem nationalen Durchschnitt, während die norddeutschen Bundesländer darunter liegen und sich vor allem die Stadtstaaten hier noch einmal besonders negativ absetzen.

Eine genauere Analyse der Zusammensetzung der Bevölkerung ergibt für die Stadtstaaten wie auch für die großen Kommunen in den Flächenstaaten, wie etwa die großen Ruhrgebietsstädte, in Relation zu den Flächenstaaten, dass sich hier in den letzten 15 bis 20 Jahren eine doppelte Polarisierungstendenz abzeichnet (Strohmaier 2006). Auf der einen Seite verlassen junge wohlhabende Familien mit Kindern im Vorschulalter die großen Städte und ziehen in die Umlandgemeinden oder auch inzwischen in ländliche Regionen. Ihnen folgen flexible kleinere und mittlere Unternehmen, die auch an den gut qualifizierten Müttern im Umland als flexiblen und zuverlässigen Arbeitskräften interessiert sind. Auf der anderen Seite konzentrieren sich in bestimmten Stadtvierteln und Quartieren der großen Kommunen zunehmend Familien mit nichtdeutschem Hintergrund und gleichzeitig oft auch Familien mit einer Qualifikation, die gegenwärtig am deutschen Arbeitsmarkt nicht nachgefragt wird. Das führt zu Polarisierungstendenzen zwischen kinderreichen Familien in jenen großen Kommunen mit einem hohen Anteil an arbeitslosen Familien, die typischerweise stark armutsgefährdet sind, und einer zunehmenden Konzentration von Familien mit nichtdeutschem Hintergrund in den einzelnen Quartieren. Das gilt umso mehr und umso dramatischer, wenn das nicht aus der Perspektive der Gesamtbevölkerung betrachtet wird, sondern aus Perspektive der Kinder. Denn häufig ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen in diesen Quartieren an der Gesamtbevölkerung viel höher als der Anteil der entsprechenden ethnischen Gruppen an der Gesamtbevölkerung, so dass die ethnischen Differenzierungen für die Kinder noch viel deutlicher ausfallen.

Diese sozioökonomischen und ethnischen Polarisierungstendenzen machen es in den großen Städten und damit auch in den Stadtstaaten außerordentlich schwer, Kinder, Jugendliche und Familien in bestimmten Quartieren so zu unterstützen, dass die Chancengleichheit der Kinder hier auch nur annähernd gewahrt werden kann. So zeigen eine Reihe von empirischen Untersuchungen, dass Kinder in Wohnquartieren mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent Bevölkerung mit nichtdeutschem Hintergrund nicht nur in einem ökonomisch gegenüber anderen Sozialräumen benachteiligten Quartier leben, sondern in der Regel auch in ihrer Sprachentwicklung gegenüber den Kindern aus anderen Quartieren erheblich benachteiligt sind.

Beide Elemente, nämlich die erhöhte Erwerbslosigkeit von Familien mit Kindern in den großen Stadtstaaten und die erhöhte Konzentration bestimmter ethnischer Gruppen in einzelnen Quartieren, machen aber auch deutlich, dass der Indikator "relative Armut" und die damit gemessene ökonomische Deprivation von Kindern für sich genommen nur als Indikator dafür gewertet werden kann, dass es für Kinder in solchen Familien besonders schwer ist, an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Dabei ist diese Teilhabe jedoch nicht allein auf mangelnde ökonomische Ressourcen der Familien zurückzuführen, sondern eher auf die Kumulation unterschiedlicher Faktoren, für die die relative Armut nur als ungefähre Hinweis gewertet werden kann. Daher ist zu hoffen, dass sich sozialökologische Konzepte wie bei der Gießener kommunalen Armutsberichterstattung (Meier et al., 2002) in Deutschland auf Dauer

als Instrumente kommunaler Analysen zu sozialen Lage der Bevölkerung durchsetzen, und dass der in diesem Bericht angemahnte Mix von unterschiedlichen Politikstrategien umgesetzt wird.

Die Bekämpfung der relativen Kinderarmut in wohlhabenden Gesellschaften wird dann erfolgreich sein, wenn diesen Kindern und ihren Eltern durch entsprechende unterschiedliche Formen der Unterstützung - von Beratung über Infrastrukturangebote für die Bildung der Kinder über Arbeitsplatzangebote für die Eltern bis zu nachbarschaftlichen Unterstützungsleistungen - Teilhabechancen an der kommunalen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft eingeräumt werden, die ihnen auch subjektiv das Gefühl geben, Teil der Gesellschaft zu sein und eine Zukunft zu haben.

6. POLITIK FÜR KINDER: NACHHALTIGKEIT UND VERLÄSSLICHKEIT ALS ZUNKUNFTSGESTALTUNG

Die bisherigen Analysen lassen sich zunächst als Bestätigung der These ansehen, dass das mittelmäßige Abschneiden der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich auch Ergebnis der Tatsache ist, dass Deutschland eine hohe innere Vielfalt der wirtschaftlichen Entwicklungen, der familiären Lebensformen, der Wohnverhältnisse und der Zusammensetzung der Bevölkerung aufweist. Diese hohe Vielfalt führt dazu, dass einzelne Bundesländer in einer Reihe von Dimensionen, wie dem materiellen Wohlergehen, der Gesundheit, der Entwicklung kindlicher und jugendlicher Kompetenzen wie aber auch in ihren Beziehungen zu Freunden und der Familie, zur Spitzengruppe jener Länder gehören, die auch im internationalen Vergleich von UNICEF als besonders gut herausgestellt wurden. Andererseits unterscheiden sich andere Bundesländer in einzelnen Ergebnissen kaum von jenen Staaten, die in der UNICEF-Tabelle weit unten stehen. Grafik 13 mit einem Überblick über die Lage der Kinder in Deutschland zeigt, dass es in unserer Gesellschaft keine einheitlichen Lebensbedingungen und Chancen für Kinder gibt.

Insbesondere die Länder im unteren Teil der Tabelle, etwa Sachsen-Anhalt und Bremen, befinden sich bei vier von fünf gemessenen Dimensionen im untersten Drittel und erreichen auch in der fünften Dimension, der Beziehung zu Familie und Freunden, nur einen Mittelplatz. Damit weisen die Lebenslagen und die Lebensbedingungen von Kindern in diesen beiden Bundesländern eine hohe Kumulation von benachteiligenden Faktoren für Kinder auf, die ihr Wohlbefinden erheblich negativ beeinflussen.

Grafik 13: Kindliches Wohlbefinden in Deutschland

AN OVERVIEW OF CHILD WELL-BEING IN GERMAN FEDERAL STATES

German Federal States	Average ranking position (for 4 Dimensions)	Material well-being	Health-Safety	Educational well-being	Relationships with family and peers	Behavior and risks	Subjective well-being
Baden-Württemberg	2,3	1	1	3	4	n/a	n/a
Bayern	4,0	2	5	8	1	2	n/a
Hessen	5,3	4	7	5	5	4	n/a
Nordrhein-Westfalen	5,3	7	10	2	2	n/a	n/a
Sachsen	7,3	12	3	1	13	n/a	n/a
Rheinland-Pfalz	8,3	3	13	14	3	n/a	n/a
Hamburg	8,5	10	2	16	6	n/a	n/a
Niedersachsen	8,5	6	12	6	10	n/a	n/a
Brandenburg	8,8	11	8	4	12	1	n/a
Saarland	9,0	8	14	7	7	n/a	n/a
Schleswig Holstein	9,5	5	6	12	15	n/a	n/a
Thüringen	10,0	9	11	11	9	3	n/a
Berlin	11,0	14	4	10	16	6	n/a
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	13	9	9	14	5	n/a
Sachsen-Anhalt	13,5	15	15	13	11	n/a	n/a
Bremen	13,8	16	16	15	8	n/a	n/a

Note: The overview ranking of all federal states is determined by their average rank over four of the six indicators. There are no data available for the subjective well-being dimension and only data for six of 16 federal states for the dimension Behavior and risks.

Umgekehrt liegt Baden-Württemberg, das im Vergleich der Bundesländer hinsichtlich des kindlichen Wohlbefindens den Spitzenplatz einnimmt, in allen fünf Dimensionen im obersten Drittel; dabei werden sowohl bei der ökonomischen Situation wie bei der Gesundheit die ersten Plätze erreicht, es liegen aber eben auch die Bildungschancen und die Beziehungen zu den peers über dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Auch die anderen Bundesländer, die sich im oberen Drittel befinden, weisen entsprechende gute Werte auf. Dabei ist es insbesondere Sachsen als einem ostdeutschen Bundesland gelungen, durch ein gutes Gesundheitssystem und ein gutes Abschneiden im Bereich der Erziehung der Kinder im innerdeutschen Vergleich im Durchschnitt den 5. Platz zu erreichen, obwohl es sich in seiner ökonomischen Situation kaum von den anderen ostdeutschen Bundesländern unterscheidet. Gerade die große Streuung des materiellen Wohlbefindens macht deutlich, dass die Reduktion der Diskussion der kindlichen Lebenschancen und des kindlichen Wohlbefindens allein auf die ökonomische Situation von Kindern und Familien, wie das gegenwärtig in Deutschland immer wieder geschieht, offensichtlich die Lebensrealität in Deutschland nicht gut abbildet. Warum das Nachbar-Bundesland Sachsen-Anhalt bei ökonomisch vergleichbaren Daten wie Sachsen nicht in der Lage ist, die eigenen Kinder so zu fördern, dass sie im Bereich von Bildung und Erziehung oder der Gesundheit eine ähnliche Position erreichen wie Sachsen, kann hier nicht beantwortet werden. Die Differenz zwischen diesen beiden Ländern ist aber als Hinweis darauf zu werten, dass das Wohlbefinden von Kindern offenkundig auch in armen Bundesländern positiv beeinflusst werden kann.

Auch ohne die Platzierung der einzelnen Bundesländern überzubewerten, ist kritisch zu fragen, ob die von UNICEF und dann in dieser Analyse der deutschen Situation ausgewählten Indikatoren in allen Punkten eine angemessene Beschreibung der Lebenslage von Kindern ergibt. Doch zeigte dieser nationale Vergleich, dass auch die Bundesländer, die mit großen ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, sehr wohl Möglichkeiten haben, um die Lebenschancen und Entwicklungsperspektiven ihrer Kinder vermutlich mit wenig finanziellem Aufwand deutlich zu verbessern.

Dieser innerdeutsche Vergleich macht aber auch deutlich, dass es bei der politischen Diskussion um das Wohlbefinden von Kindern zu einfach ist, sich nur auf die ökonomische Lage von Familien zu konzentrieren oder sich bei der regionalen Differenzierung nur mit Ost- und Westunterschieden auseinanderzusetzen. Denn in der mittleren wie auch in der unteren Gruppe lassen sich die Bundesländer regional nicht eindeutig nach Ost und West zuordnen und auch nicht eindeutig nur entsprechend der ökonomischen Lage differenzieren. Dass Berlin und Bremen sich im unteren Drittel der Bundesländer befinden, ist sicher auch in der ökonomischen Situation dieser Städte begründet, die sich schlechter darstellt als in Hamburg. Darüber hinaus hat das aber sicher auch damit zu tun, dass diese Städte wie viele andere Großstädte in Deutschland bis heute keine Antwort darauf gefunden haben, wie es zu erreichen ist, dass Familien mit Kindern unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit und sozialen Herkunft diese Städte als einen Ort erleben, an dem es sich zu leben lohnt, sowohl als Familie wie aber auch als Kinder und Jugendliche. Die etwa in Berlin in den letzten 15 Jahren zu beobachtenden Prozesse der Urbanisierung mit einem teilweisen Abwandern der Familien mittlerer und höherer Einkommensgruppen mit ihren Kindern in das Umland sind kein Naturgesetz, sondern eher Ausdruck der Tatsache, dass offenkundig die großen Städte bis

heute die Bedürfnisse von Familien und Kindern nicht so berücksichtigen, dass es Familien mit Kindern attraktiv erscheint, die in der Regel sehr gute Infrastruktur innerhalb der Großstädte für sich zu nutzen. Gleichzeitig stehen diese großen Städte auch vor der Herausforderung, für den sehr schnell wachsenden Anteil von Kindern mit nichtdeutschem Hintergrund ein Infrastrukturangebot zu machen, das ihnen Bildung und Lebenschancen als wichtigste Voraussetzung für die Teilhabe dieser Kinder als späteren Erwachsenen an der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands ermöglicht.

Diese Gesamtübersicht kann nur ein erster Versuch sein, das kindliche Wohlbefinden in Deutschland zu untersuchen. Weitere Forschung, um Politik zu beurteilen, ist notwendig. Abschließend sollen zwei Themenbereiche skizziert werden, die vermutlich dazu beitragen können, die kindlichen Entwicklungschancen in einer außerordentlich heterogenen Gesellschaft so zu verbessern, dass sie im internationalen Vergleich an das obere Drittel der Vergleichsländer angehoben werden kann - trotz der materiellen Unterschiede, die in der deutschen Gesellschaft regional bestehen und die sich vermutlich auch durch noch so viele Formen von Finanzausgleich nicht beheben lassen.

6.1 Verlässlichkeit der Lebensumwelt von Kindern

In diesem Papier wurde an verschiedenen Stellen unter Bezug auf das Modell von Bronfenbrenner darauf verwiesen, dass alle Kinder, auch solche Kinder, die in fürsorglichen und unterstützenden Familienverhältnissen aufwachsen, auch in der Umwelt der Familie, das heißt in Nachbarschaft und Gemeinde, verlässliche und stabile Lebensverhältnisse brauchen, um sich in solchen Umwelten entwickeln zu können. Dieser Gedanke, der die gesamte Arbeit der amerikanischen Akademie der Wissenschaften zur frühkindlichen Entwicklung durchzieht, wurde schon in den 70er Jahren von James Coleman in der "asymmetrischen Gesellschaft" skizziert. Coleman verweist darauf, dass in der Agrargesellschaft wie in der Industriegesellschaft Familien immer auf die Unterstützung durch Verwandtschaft und Nachbarschaft angewiesen waren und die kindliche Entwicklung auch dadurch erheblich geprägt wurde. Coleman geht davon aus, dass in modernen Wissensgesellschaften Familien ohne solche Unterstützungen häufig in der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, und zwar nicht, weil sie ihre Kinder nicht richtig erziehen, sondern weil sie ohne die Unterstützung der Lebensumwelt die kindliche Entwicklung nur partiell beeinflussen können. Diese sehr alten Einsichten werden durch alle empirischen Untersuchungen, die den Effekt der Umwelt auf die kindliche und jugendliche Entwicklung belegen, bestätigt.

Solche verlässlichen Lebensumwelten für Kinder lassen sich nur dadurch schaffen, dass eine Politik für Kinder sowohl auf kommunaler wie auf Länder- und Bundesebene die Unterstützungsangebote für Familien in Krippe, Kindergarten und Schule so organisiert, dass Kinder und Eltern sie auch als Teil ihrer eigenen Lebenswelt begreifen und sie aus ihrer Sicht sehr attraktiv sind. Das setzt allerdings voraus, dass Kinder und Eltern bei der Entwicklung solcher Angebote eben auch zu ihrer Einschätzung und ihrem Wohlbefinden in diesen Institutionen gefragt werden und diese Institutionen und Einrichtungen so organisiert werden, dass Eltern und Kinder das Gefühl haben, Teil dieser Institutionen und Einrichtungen zu sein. Inzwischen gibt es in Deutschland eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Konzepte, die auf die Mitarbeit der Eltern setzen und auch versuchen, die Eltern in die Entwicklungen innerhalb der Einrichtungen einzubeziehen. Vorbild vieler dieser Ansätze sind die englischen Early

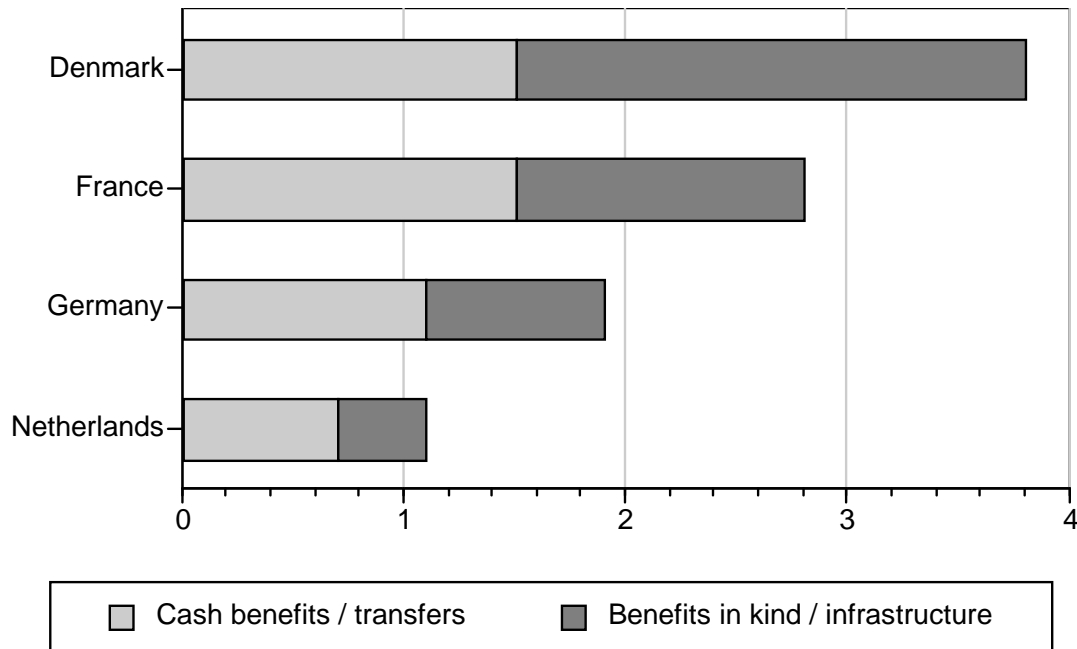
Excellence Centers, in denen versucht wird, gemeinsam mit den Eltern die Entwicklung der Kinder in den Mittelpunkt der Kooperation zwischen Elternhaus und Center zu stellen. Solche Angebote setzen aber voraus, dass die Eltern diese Angebote auch für sich selbst und ihre Kinder als wichtig wahrnehmen. Das ist in den großen Städten mit einem hohen Anteil an Kindern mit nichtdeutschem Hintergrund oft schwer zu realisieren, weil in den Einrichtungen fast ausschließlich Erzieherinnen und Erzieher aus Deutschland arbeiten, die den familiär-kulturellen Perspektiven der Familien mit nichtdeutschem Hintergrund eher fern stehen.

Auch für diese Konstellation gibt es inzwischen eine Reihe von Versuchen, durch das freiwillige Engagement von Müttern mit nichtdeutschem Hintergrund in Kooperation mit entsprechenden Einrichtungen auch jene Mütter zu erreichen, die solchen Angeboten zunächst eher distanziert gegenüberstehen. Leider werden gegenwärtig viele dieser Projekte nur zeitlich befristet finanziert, obwohl aus der empirischen Forschung bekannt ist, dass solche Projekte dann erfolgreich sind, wenn sie kontinuierlich auf Dauer angelegt werden. So konnten Brookes-Gunn und Duncan zeigen (2000), dass bei einer kontinuierlichen Motivierung der Mütter, ihren Kindern vorzulesen, was eben auch eine kontinuierliche Ansprache der Mutter voraussetzt, die Kinder aus eher benachteiligten Familien in New York beim Highschool-Eintritt in etwa das gleiche Leistungsprofil aufwiesen wie Kinder aus Mittelschichtfamilien. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Befunden des Deutschen Jugendinstituts in einem ähnlichen Projekt, das aber nur auf kurze Zeit angelegt war. Aus den Erfahrungen der Integration zugewanderter junger Familien in Israel, wo ähnliche Projekte durchgeführt werden, ist bekannt, dass eine solche Kombination aus freiwilligem Engagement und professioneller Unterstützung eine sehr effektive Methode sein kann, um auch kleinen Kindern eine frühzeitige Teilhabe an den kulturellen Möglichkeiten einer modernen Gesellschaft zu geben.

Allerdings kann eine solche Politik nur dann erfolgreich sein, wenn die Kommunen begreifen, dass jene Eltern, die jetzt in der Regel mit ihren 4- bis 7-jährigen Kindern die Städte verlassen und im Umland siedeln, eine ganz wichtige Ressource des Humankapitals darstellen, weil nur über diese Familien und ihre Kinder die Chance bestehen bleibt, dass Kinder unterschiedlicher ethnischer Hintergründe gemeinsam lernen können.

Trotz der positiven Entwicklungen, die die Angebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung von Kindern in den letzten Jahren gemacht haben, ist Deutschland jedoch hinsichtlich der Bereitschaft, in diesem Bereich zu investieren, im internationalen Vergleich ein Schlusslicht. Nach den Daten der OECD (Siebter Familienbericht, 2006) bewegt sich Deutschland hinsichtlich seiner ökonomischen Transferleistungen für Familien mit Kindern in etwa auf dem Niveau anderer europäischer Länder, indem es insgesamt rund 2 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Transferleistungen für Kinder aufwendet. Der entscheidende Unterschied zu den anderen Ländern, etwa Frankreich oder Dänemark, ist darin zu sehen, dass diese Länder zusätzlich zu diesen finanziellen Transferleistungen noch erhebliche Summen in die Entwicklung einer Infrastruktur für Kinder eingebracht haben. So investierte Dänemark fast 3,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in finanzielle Transfers und institutionelle Unterstützungsleistungen für Familien mit Kindern im Vorschul-Bereich, und Frankreich wendet in diesem Bereich mit 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts 50 Prozent mehr auf als Deutschland.

Grafik 14: Öffentliche Unterstützung



Grundsätzlich wird in der öffentlichen Debatte um die Weiterentwicklung der Unterstützung für Kinder und Familien in Deutschland davon ausgegangen, dass hier keine Mehrkosten entstehen dürfen. Andererseits wird mit großer Selbstverständlichkeit hingenommen, dass die jetzt schon im europäischen Kontext sehr hohen Gesundheitskosten in Deutschland weiter steigen sollen, während sie in den nordeuropäischen Staaten, etwa Finnland, in dieser Zeit gesunken sind. Dieses Missverhältnis in der politischen Debatte zeigt, dass die Investitionen in die Zukunft der Kinder als nicht so wichtig erscheinen wie andere gesellschaftliche Bereiche.

Auf der kommunalen Ebene hat sich in den letzten Jahren insbesondere durch die Bündnisse für Familien in Deutschland inzwischen eine Bürgerbewegung gebildet, von der zu hoffen ist, dass sie in den Kommunen und den Ländern genügend politischen Druck erzeugt, der notwendig ist, um in diesem Bereich mehr zu investieren. Neben der Infrastruktur und der Entwicklung entsprechender Angebote und der dafür notwendigen finanziellen Mittel stellt sich aber auch die Frage, ob und inwieweit in Deutschland auch von denjenigen, die keine Kinder haben, genügend Zeit für Kinder aufgewandt wird und dementsprechend die Arbeitswelt so gestaltet wird, dass Eltern und Kinder auch Zeit füreinander haben beziehungsweise entsprechende Zeiträume auch für diejenigen entwickelt werden, die keine Kinder haben. Das amerikanische "After School Movement" (Noam) hat gezeigt, dass eine Betriebskultur davon profitiert, wenn erwartet wird, dass die Spitzenmanager sich für Kinder in sozialen Brennpunkten engagieren und die Manager entsprechende Erfahrungen machen. Aber auch die Kinder aus benachteiligten Quartieren profitieren von dieser Form des bürgerschaftlichen Engagements. Hier kann auf eine Politik für Kinder, die auf einer

Infrastruktur für Kinder mit einem hohen Anteil eines freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements beruht und auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel erhält, nicht im Einzelnen eingegangen werden. Solche Politikelemente lassen sich hier nur als Anregung formulieren, um deutlich zu machen, dass eine verlässliche Umwelt für Kinder nicht allein heißt sicherzustellen, dass Kinder gute Schulleistungen haben. Vielmehr heißt verlässliche Umwelt immer auch, dass Kinder das Gefühl haben, dass sich nicht nur die Eltern, sondern auch die Nachbarschaft, die Verwandtschaft und die Umwelt für die Kinder interessieren, und das gilt insbesondere für benachteiligte Kinder. Ohne solche Angebote wird in unserer Gesellschaft auf Dauer das Sozialkapital, das ebenso wichtig ist wie das ökonomische Kapital, knapp werden.

6.2 Nachhaltige Politik für Kinder als Zukunftspolitik einer Gesellschaft

Eine nachhaltige Politik für Kinder hat zum Ziel, die Lebensbedingungen von Kindern so zu gestalten, dass diese Kinder als Jugendliche und junge Erwachsene ihr Leben und ihre Lebensziele auf der Basis ihrer eigenen Fähigkeiten und eigenen Kompetenzen selbstständig entwickeln und entscheiden können. Schon in den 60er Jahren hat Ralf Dahrendorf diese Chancen zur eigenständigen und selbstständigen Entwicklung auf der Basis der eigenen Kompetenzen als Bürgerrecht bezeichnet. Das begründet sich nicht darin, dass es für eine Volkswirtschaft sinnvoll und nützlich ist, wenn Kinder und Jugendlichen die in ihnen liegenden Fähigkeiten optimal und unabhängig von sozialen Restriktionen wie soziale Herkunft oder Wohnort entwickeln, sondern leitet sich grundsätzlich aus der Rolle des Staatsbürgers in der Gesellschaft ab.

Die öffentliche Debatte in Deutschland betont diesen Gedanken gegenwärtig eher selten, weil demgegenüber der Sinn von Kindern heute in der politischen Argumentation häufig mit ihrer Nützlichkeit für die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme oder die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft begründet wird. Die Diskussion um die soziale Lage von Kindern betont immer wieder die Defizite der kindlichen Entwicklung, der elterlichen Erziehung und der Lebensumwelt von Kindern oder der Schule. Selbst Vereinigungen, die sich um die Förderung kindlicher Interessen bemühen, thematisieren vor allem die ökonomische Benachteiligung von Kindern und andere Mängel, die ihrer Meinung nach die kindliche Entwicklung beeinträchtigen.

Im Gegensatz zu dieser Defizitperspektive hebt der UNICEF-Ansatz viel stärker auf die Ressourcen und die Chancen kindlicher Entwicklungen ab. Daher spielen das kindliche Wohlbefinden und die subjektive Wahrnehmung der Lebenswelt durch die Kinder in diesem Ansatz eine zentrale Rolle. Denn nur wenn die Kinder selbst an ihre eigene Zukunft glauben und die Hoffnung haben können, dass sie ihre Zukunft auch selbst gestalten können, können sie die Chancen, die ihnen geboten werden, und die Fähigkeiten, die in ihnen stecken, auch so entwickeln, dass sie als Erwachsene eigenständig und selbstständig ihr Leben gestalten können.

Ein solches ressourcentheoretisches Konzept übersieht keinesfalls die Probleme und Benachteiligungen von Kindern auch in wohlhabenden Gesellschaften, thematisiert aber stärker die Frage, wie auch in möglicherweise sehr schwierigen Lebensumständen noch Ressourcen mobilisiert werden können, damit die Kinder diese Chancen, die ihr Bürgerrecht

sind, auch wahrnehmen und sich entsprechend entwickeln können. Unter einer solchen ressourcentheoretischen Perspektive ist die materielle Benachteiligung von Kindern in manchen Regionen der Bundesrepublik weder gutzuheißen noch hinzunehmen. Aber statt wie häufig in der deutschen Debatte gefordert einfach die ökonomischen Unterschiede auszugleichen, wird sich ein ressourcentheoretischer Ansatz stärker die Frage stellen, wie sich die Chancen der Kinder in solchen Situationen und solchen Regionen so verbessern lassen, dass sie ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten auch entfalten können. Das bedeutet beispielsweise unter einer solchen Perspektive, gerade in Regionen mit einer hohen Konzentration ökonomisch benachteiligter Familien das Angebot für kindliche Bildung besonders stark auszubauen, um auf diese Weise den Kindern die Möglichkeit zu geben, sich selbst in ihrer eigenen Zukunft aus solchen benachteiligenden Situationen lösen zu können. Oder es werden möglicherweise, wie am Beispiel der Gießener Untersuchung gezeigt wurde, Strategien entwickelt, wie Eltern in die Lage versetzt werden, solche für ihre Kinder nachteiligen Situationen zu überwinden. Eine solche ressourcentheoretische Perspektive lässt sich notwendigerweise empirisch nicht auf nur wenige Indikatoren reduzieren, wie jene Kompetenzen, wie sie in der PISA-Studie gemessen wurden. Vielmehr muss sie ein Modell von Indikatoren enthalten, die die unterschiedlichen Aspekte der kindlichen Entwicklung und ihrer eigenen Lebensperspektive aufgreift, weil nur so die unterschiedlichen Ressourcen, die auch in benachteiligenden Situationen vorhanden sind, mobilisiert werden können. UNICEF hat mit den Dimensionen des materiellen Wohlergehens, des schulischen Leistungsvermögens, der Gesundheit, der kindlichen Risiken in der unmittelbaren Lebensumwelt, der Beziehungen zu Freunden und Eltern und des subjektiven Wohlbefindens ein Modell vorgeschlagen, das vermutlich die wichtigsten Aspekte der kindlichen Entwicklungsbedingungen unter einer solchen Perspektive thematisiert.

Es kann nur als beschämend bezeichnet werden, dass es in Deutschland nicht möglich ist, all diese Dimensionen und insbesondere das subjektive Wohlbefinden der Kinder auf Bundes- und auf Landesebene so zu reproduzieren, wie UNICEF das im internationalen Vergleich vorgeschlagen hat. In Deutschland liegt inzwischen für alle Kreise eine Fülle von Daten über die demografische Entwicklung vor, und viele große Stiftungen engagieren sich hier. Aber eine solch schlichte Frage, wie Kinder und Jugendliche ihre Beziehungen zu anderen sehen und wie sie die Risiken in bestimmten Lebensbereichen und ihr subjektives Wohlbefinden selbst einschätzen, kann gegenwärtig in Deutschland nur sehr vorläufig beantwortet werden.

Dies ist offenbar nicht Ergebnis mangelnder Mittel, sondern Ergebnis mangelnder Kooperation zwischen unterschiedlich zuständigen Bürokratien auf Bundes- und Landesebene. Es ist daher zu hoffen, dass im Rahmen des von Deutschland zugesagten Monitoring für das Jahr 2010 im Rahmen des nationalen Aktionsplans eine genaue und vollständige Darstellung vorgelegt wird. Die Kultusministerkonferenz der Länder und der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft haben gemeinsam mit einer Reihe von Forschungsinstituten und dem Statistischen Bundesamt sowie den Statistischen Ämtern der Länder einen Bildungsbericht (2006) vorgelegt, der zeigt, dass bei entsprechenden Organisationsformen solche integrativen Ansätze realisiert werden können. Es wäre sinnvoll, dass in diesem nationalen Aktionsplan das zuständige Bundesfamilienministerium gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Gesundheitsministerium sowie den Landes-Jugendministerien, die meist auch für Bildung oder aber als Sozialminister für Gesundheit zuständig sind, einen ähnlichen Ansatz wählen

würde. Im Sinne einer nachhaltigen Politik für Kinder könnte man so nicht nur die vorhandenen Einrichtungen zählen, die etwa im Vorschulbereich für Kinder geschaffen werden, sondern das kindliche Wohlbefinden auf nationaler Ebene im regionalen Vergleich so darstellen, wie dies internationaler Ebene versucht wird.

Ein solcher Ansatz, hier nur skizzenhaft ausgeführt, könnte dann zu einer nationalen Debatte beitragen, wie sich in den einzelnen Ländern etwa die gesundheitliche Situation von Kindern verbessern lässt, während in anderen Bundesländern die Aufmerksamkeit stärker auf die Erziehungseinrichtungen gelegt werden müsste. Denn aus der hier vorgenommenen regionalen Differenzierung wird deutlich, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht in allen Punkten und in allen Regionen nur Mittelmaß aufzuweisen hat, sondern dass es erhebliche Variationen zwischen den einzelnen Regionen gibt. Daher würde sich die Position der gesamten Bundesrepublik entscheidend verbessern, wenn die besonders problematischen Ergebnisse in einzelnen Regionen dort auch gezielt diskutiert und angegangen würden. Eine solche Perspektive bedeutet auch, dass die knappen Ressourcen der Gesellschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern dann entsprechend auch so unterschiedlich in einzelnen Bundesländern oder Regionen eingesetzt werden, dass sie in den jeweiligen regionalen Kontexten ihre maximale Wirkung entfalten können.

Wenn man in die Zukunft der Kinder investiert sowie in ihre Chancen und ihre Kompetenzen und die Entwicklung dieser Kompetenzen und ihr Wohlbefinden zum Maßstab solcher Analysen macht, dann kann eine Gesellschaft davon ausgehen, dass solche kindzentrierten Investitionen auch unter einer ökonomischen Perspektive einen großen Gewinn für die gesamte Gesellschaft darstellen. Denn all das, was Kinder befähigt, ihr Leben selbstkompetent und zukunftsorientiert zu bewältigen, hat in der Regel für die ältere Generation erhebliche positive Effekte.

Literatur

- Alexander, Duane F. and NICHD Early Child Care Research Network (2005), *Child Care and Child Development: Results from the NICHD Study of Early Child Care and Youth Development*. New York: The Guilford Press.
- Baumert, Jürgen, et al. (2002), *PISA 2000 - Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Baumert, Jürgen (2001), *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Baumert, Jürgen, Rainer Lehmann und Manfred Lehrke (2001), *TIMSS. Mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht im internationalen Vergleich. Deskriptive Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Baumert, Jürgen, Petra Stanat und Rainer Watermann (2006), *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Berlin Institut (2006), 'Die demografische Lage der Nation - Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?' Von S. Kröhnert, F.Medicus, R.Klingholz. Frankfurt/M.: Deutscher Taschenbuchverlag (dtv).
- Bertelsmann Stiftung (2005), *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2006), 'Qualität für Kinder unter drei in Kitas. Empfehlungen an Politik, Träger und Einrichtungen'. Gütersloh.
- Bertram, Hans, Hiltrud Bayer und Renate Bauereiß (1993), 'Familien-Atlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Karten und Zahlen'. München.
- Bertram, Hans, Rösler, Wiebke und Stefan Stuth (2006), 'Germany as an Example of the Significance of Labour and Preferences Regarding Fertility'. European Population Conference 2006.
- Borchert, Jürgen (2002), 'Der Wiesbadener Entwurf' einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaates'. *Diskussionspapier*, 87.
- Bos, Wilfried, Eva-Maria Lankes und Manfred Prenzel (2003), *Erste Ergebnisse aus IGLU*. Münster, New York, München Berlin: Waxmann
- Bronfenbrenner, Urie (2005), *Making Human Beings Human: Bioecological Perspectives on Human Development*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Brooks-Gunn, Jeanne, Greg J. Duncan, and J. Lawrence Aber (2000), *Neighborhood Poverty: Context and Consequences for Children*. Vol 1, New York: Russell Sage Foundation.
- Bundesministerium für Familie, Hrsg. (1975), 'Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation - Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation'. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Hrsg. (1990), 'Achter Jugendbericht: Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (1990)'. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Hrsg. (1995), 'Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland' Bundesdrucksache, 12/7560; Bonn.

- Bundesministerium für Familie, (2005a), 'Nationaler Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010'. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Hrsg. (2005b), 'Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule- Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland'. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Hrsg. (2006), 'Siebter Familienbericht: Zwischen Flexibilisierung und Verlässlichkeit. Perspektiven einer lebenslauforientierten Familienpolitik'. Berlin.
- Butterwege, Christoph, Michael Klundt und Matthias Zeng (2005), 'Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden'. VS Verlag.
- Castles, Francis G. (2002), 'The three facts about fertility', *Family Matters*, 63.
- Ceci, Stephen J. and Helene A. Hembrooke (1995), 'Traumatic Memories - Do We Need to Invoke Special Mechanisms', *Consciousness and Cognition*, 4 (1), 75-82.
- Coleman, James S. (1986) 'Die Asymmetrische Gesellschaft'. Basel .
- Cortina, Kai S., et al. (2003), 'Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick'. Rowohlt Tb.
- Corak, Miles, Fertig, Michael und Tamm, Markus (2005), 'A Portrait of Child Poverty in Germany'. *RWI Discussion Papers*.
- Dahrendorf, R. (1965), 'Bildung Ist Bürgerrecht. Plädoyer Für Eine Aktive Bildungspolitik (B)'. Hamburg.
- Deutsche Bank (2006), 'Humankapital wichtigster Wachstumstreiber. Erfolgsbeispiele und deutsche Realität'. DBR-Symposium. Berlin, 15.3.2006.
- Donzelot, Jacques (1977), *La police des familles (Critique)*. Les Éditions de Minuit
- Ehmke, T. (2004). Mathematische Kompetenz bei Erwachsenen. Ein Überblick zum Stand der empirischen Forschung. In A. Heinze & S. Kuntze (Hrsg.), Beiträge zum Mathematikunterricht. Vorträge auf der 38. Tagung für Didaktik der Mathematik vom 1. bis 5. März 2004 in Augsburg. Hildesheim: Franzbecker, S. 145-148.
- Elder, G. H. J. (1974) *Children of the Great Depression*. Chicago.
- Flaxman, Erwin and A. Harry Passow (1995), *Changing Populations, Changing Schools, Yearbook of the National Society for the Study of Education, 94th, pt. 2*; Chicago: NSSE : Distributed by the University of Chicago Press).
- Fthenakis, Wassilios (2004), 'Frühpädagogik international: Bildungsqualität im Blickpunkt, ed. IFP, Staatsinstitut für Frühpädagogik, Bundesministerium für Bildung und Forschung', Wiesbaden: VS Verlag.
- Garbarino, James (1992), *Children and Families in the Social Environment: Modern Applications of Social Work*. AldineTransaction.
- Goodnow, Jacqueline J., Peggy J. Miller, and Frank Kessel (1995), 'Cultural Practices as Contexts for Development : New Directions for Child and Adolescent Development' (*J-B CAD Single Issue Child & Adolescent Development*). Jossey-Bass.
- Gotschall, Karin and Birgit Pfau-Effinger (2002), *Zukunft der Arbeit und Geschlecht*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Hoem, Jan M. (2005), 'Why Does Sweden Have Such a High Fertility?' *MPIDR Working Paper*, WP-2005.
- Hurrelmann, Klaus (2002), *Einführung in die Sozialisationstheorie*, Weinheim: Beltz, 8. Aufl.
- Klocke, Andreas, et al. (2005), *Gesundheitsberichterstattung des Bundes - Armut bei Kindern und Jugendlichen*, Robert Koch-Institut. Gießen.
- Köcher, Renate (2004), *Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44 jährigen Bevölkerung*, Berlin: Institut für Demoskopie Allensbach.
- Kraus, Ludwig, Kathrin Heppekausen, Andrea Barrera und Boris Orth (2004), Die Europäische Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen (ESPAD): Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. IFT-Berichte Bd. 141, München.
- Kultusministerkonferenz, Hrsg. (2006), *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gütersloh: Bertelsmann.
- Lebhart, Gustav (2006), *Kleinräumige Fertilität und Migration in Berlin*. Expertise für den 7. Familienbericht', in Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (ed.), 7. Familienbericht: Nachhaltige Familienpolitik Berlin.
- Leibfried, Stephan, Lutz Leisering, and Petra Buhr. (1995), *Zeit Der Armut*. Frankfurt.
- Livi Bacci, Massimo (1999), *Europa und seine Menschen. Eine Bevölkerungsgeschichte*, München: C.H. Beck.
- Mantl, Elisabeth (2006), *Hausfrauenmütter - Erwerbstätige Mütter - Gute Mütter. Konzepte - Visionen - Lebenswirklichkeit. Zur Kulturalität deutscher Erfahrungen seit 1870*. Opladen: Budrich.
- Meier, Uta (2004): *Infantilisierung von Armut und kein Ende in Sicht? Was Armut von Kindern für ihren Sozialisationsverlauf bedeutet*. In: *Frühförderung interdisziplinär*, 23. Jg., H. 4, S. 157-166.
- Meier, Uta, Mardorf, Silke, Preuß, Heide, Wahl, Iris und Dorn, Markus (2002): *Kommunaler Armutsbericht*. Dezernat für Soziales und Jugend. Magistrat der Stadt Gießen. Gießen.
- Meier, Uta; Preuß, Heide; Sunnus, Eva Maria (2003): *Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen*. Wiesbaden.
- Merkel, Angela (2006), *Rede anlässlich der Galaveranstaltung "60 Jahre UNICEF - für jedes Kind"*. Berlin 15.5.2006.
- Moen, Phyllis et al. (1995), 'Examining Lives in Context' in *Perspectives on the Ecology of Human Development*, ed. by Phyllis Moen, Glen H. Elder, Jr.; and Kurt Lüscher, APA science volumes, Washington, DC: American Psychological Association) XX, 708 S.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004), *Ehe- und Familiensoziologie*, Weinheim: Juventa.

- Noam, Gil G. (2004), 'After-School Worlds: Creating a New Social Space for Development and Learning'. *New Directions for Youth Development*, No. 101.
- OECD (2001), 'Changes in Family Types', CESifo DICE.
- OECD (2004), 'Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003'.
- OECD (2005), Prenzel, M., Baumert, J., Blum, W., Lehmann, R., Leutner, D., Neubrand, M., Pekrun, R., Rost, J., & Schiefele, U. (2005), PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche? Münster.
- OECD (2006), Where immigrant students succeed - A comparative review of performance and engagement in PISA 2003, by Petra Stanat and Gayle Christensen, Paris.
- Owens, Timothy J and R. A. Settersten (2002), 'New Frontiers in Socialization'. *Advances in Life Course Research*, 7; Amsterdam, London: JAI).
- Pfau-Effinger, B. (2001), 'Wandel Wohlfahrtstaatlicher Geschlechterpolitiken im Soziokulturellen Kontext'. *Sonderheft 421 der KZfSS:487-511*.
- Pfeiffer, Ulrich, et al. (2000), Demographie, Staatsverschuldung und Umbau der Sozialen Sicherung: Thesenpapier.
- Picht, Georg (1964), *Die deutsche Bildungskatastrophe: Analyse und Dokumentation*, Olten: Walter.
- Prognos (2005), 'Work Life Balance, Motor für Wirtschaftliches Wachstum und Gesellschaftliche Stabilität'. Berlin
- Rainwater, Lee and Timothy, M. Smeeding (2003), *Poor Kids in a Rich Country: America's Children in Comparative Perspective*. Russell Sage Foundation Publications.
- Ramm, Gesa, Manfred Prenzel, and Jürgen Baumert (2006), *PISA 2003. Dokumentation der Erhebungsinstrumente*, Waxmann.
- Research, D. B. (2006), 'Die demographische Herausforderung'. Simulationen in einem überlappenden Generationenmodell. *Demographie spezial, Aktuelle Themen*, 343
- Ridley, Matt (2003), *Nature Via Nurture: Genes, Experience, and What Makes Us Human*, HarperCollins.
- Schirmacher, Frank (2004), *Das Methusalem-Komplott. Die Macht des Alterns - 2004-2050*, Blessing.
- Shonkoff, Jack P., Deborah Phillips (2000), *From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development*. Board on Youth, Children, and Families, Committee on Integrating the Science of Early Childhood Development, and National Research Council. National Academies Press, 2000.
- Strohmeier, Peter, Schultz, Annett, and Christoph Weischer (2006), *Familienentwicklung im industriellen Ballungsraum. Lebensformen, Lebenslagen und die Zukunft der Familien im Ruhrgebiet. Expertise für den 7. Familienbericht*, Berlin.
- Thornton, Arland (2001), 'The Well-Being of Children and Families: Research and Data Needs'. University of Michigan Press Ann Arbor.
- Waldfogel, Jane, Jeanne Brooks-Gunn, Wen-Jui Han, (2002), *Maternal Employment and Child Cognitive Outcomes in the First Three Years of Life: The NICHD Study of Early Child Care*,

- UNICEF (2005), 'Child Poverty in Rich Countries' *Innocenti Report Card* No. 6. UNICEF Innocenti Research Centre, Florence.
- UNICEF (2007), 'Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in Rich Countries'. *Innocenti Report Card* No.7. UNICEF Innocenti Research Centre, Florence.
- UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien Übereinkommen über die Rechte des Kindes am 5. April 1992 für Deutschland in Kraft getreten Bekanntmachung vom 10. Juli 1992 – BGBl. II S. 990).
- Zinnecker, Jürgen (2001), 'Children in Young and Aging Societies: The Order of Generations and Models of Childhood in Comparative Perspective' in *Children at the Millenium: Where We Have Come From, Where Are We Going?* ed. by Sandra L. Hofferth and Timothy J. Owens. Amsterdam, London: Elsevier Science Ltd, p. 11-52.